

Arbeiterstimme

407

Z Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Dresden

1. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 19. August 1925

Nummer 108

Ablehnung des Bauarbeiter-schiedspruches im ganzen Reich

Neue französische Offensiv in Marokko — Der französische Sozialistkongress für die Fortführung des Marokkokrieges — Die Einigungsverhandlungen in der sächsischen Textilindustrie gescheitert

Berlin, 19. August. (Eigener Drahtbericht.)

Gestern erschien eine Delegation des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter beim Zentralverband der Zimmerer und verlangte die Erweiterung der Zentralverflechtung durch Mitglieder des ausgeschlossenen Verbandes. Die Kollegen vom Zimmererverband anerkannten diese Notwendigkeit und versprochen, für die Fortsetzung einzutreten. Sie empfahlen die Wahl von zwei Kollegen des ausgeschlossenen Verbandes, deren Eintritt in die Zentralverflechtung dann beim Baugewerksbund durchzuführen sei.

In einer gestern abgehaltenen, von 3000 Bauarbeitern besuchten Bauarbeiterversammlung des ausgeschlossenen Verbandes wurde der Schiedspruch einstimmig abgelehnt. Der Beirat des Baugewerksbundes empfahl nach einer Sitzung in einer Resolution die Ablehnung des Schiedspruchs, nachdem die Mitgliedschaften des Baugewerksbundes Berlin, Sachsen, Mecklenburg und Baden den Schiedspruch bereits ablehnten. Zimmererverfassungen in Mannheim und Heidelberg fordern gleichfalls scharfste Ablehnung. Leipziger Bauarbeiter nahmen eine Urabstimmung vor. Es stimmten 4850 für Ablehnung des Schiedspruchs, 100 dagegen. Die Leipziger Zimmerer stimmten 1165 für Ablehnung des Schiedspruchs, 53 dagegen.

Einmütige Ablehnung des Bauarbeiterschiedspruches
Leipzig, 19. August. (Telefon.) Der Schiedspruch im Baugewerbe ist von den Bauarbeitern Leipzigs in einer Abstimmung fast einstimmig mit 4850 gegen 100 Stimmen abgelehnt worden. Auch die Leipziger Zimmerer haben den Schiedspruch mit 1165 gegen 53 Stimmen abgelehnt.

Zeig, 17. August. Am Sonnabend fand im Diana-Saal eine von mehr als 600 Bauarbeitern besuchte Versammlung statt, die Stellung zu nehmen hatte zu dem am Freitag im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch. Nach einem einleitenden Referat des Vorsitzenden

der Baugewerkschaft erklärten die verammelten Bauarbeiter einstimmig, daß ein solcher Schiedspruch für sie völlig untragbar sei, ganz besonders angesichts des Steuer-raubes und Zollwuchers der bürgerlichen Reaktion.

Frankfurt, 17. August. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet, daß das Organisationsamt des Reichsarbeitsministeriums nach längerer Erörterung den vom Reichsarbeitsministerium am Freitag gefällten Schiedspruch einstimmig abgelehnt hat. Es ist also mit der Generalauslösung im Baugewerbe des Kasseler Bezirkes am 20. August zu rechnen.

Wie berichtet wird, haben auch die Bauarbeiter in Weiden, Grimnitzschau und Auerbach i. B. den Schiedspruch im Baugewerbe abgelehnt.

Einigungsverhandlungen für die sächsische Textil-industrie gescheitert

Berlin, 19. August. Die Morgenblätter melden, daß die Verhandlungen, die am Montag und Dienstag im Reichsarbeitsministerium zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der sächsischen Textilindustrie unter dem Vorsitz des Stadtrats Ruzsa stattfanden, ergebnislos verlaufen sind. Der um Vermittlung gebetene Reichsarbeitsminister hat seinen Eingriff auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Erfolgreiche Kämpfe der Heizungsmonteure in Rheinland-Westfalen

Düsseldorf, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik der Heizungsmonteure von Rheinland-Westfalen ist gestern nach fünfwöchentlicher Dauer siegreich beendet worden. Der achtstündentag ist juristisch beendet. Die geforderten Stundenlöhne von 1,20 Mark sind bewilligt.

Fort mit dem Stinnes-Schwindel

Der Fall der Axa des Edmund-Stinnes-Konzerns wächst sich immer mehr zu einem Fall Edmund Stinnes und Hugo Stinnes zu, aus, der nach dem Staatsanwalt ruft.

Zwar sollen die Löhne für die Axa jetzt vorläufig gutgebracht werden, wie gemeldet wird. Der Betriedorant soll nämlich Wechsel dafür erhalten. Donnerstag soll eine Hauptgläubiger-versammlung stattfinden. Aber selbst wenn diese noch unklaren Meinungen zutreffen, so ist damit der Fall Stinnes für die Öffentlichkeit der wertvollen Massen keinesfalls erledigt. Edmund Stinnes hat durch seine Maßnahmen durch die öffentliche Klage der Großbanken nach einer Entgegnung des Bankkapitals gerufen, die heute in der ganzen Presse erscheint und die interessantesten Einblicke in die Dunkelkammer der Stinnes-wirtschaft gewährt. In dieser ausführlichen Darstellung heißt es u. a.: „Die Banken hätten sich in der bisherigen, etwa zwei-monatlichen Arbeit bemüht, die Verhältnisse des weitverzweigten Stinneskonzerns mit allen Unternehmungen zu durchleuchten.“ Dies ist notwendig gewesen, „weil die Angaben der leitenden Persönlichkeiten des Stinneskonzerns sich zum Teil als unrichtig oder lügenhaft erweisen haben.“ Dann heißt es weiter: „daß die Banken Herrn Dr. Edmund Stinnes und seinen Geschäftsauffassungen nicht dasjenige Vertrauen entgegenbringen konnten, das im Verkehr zwischen Banken und ihrer Kundschaft die notwendige Voraussetzung für eine Kreditgewährung ist.“ Edmund Stinnes wird vorgeworfen, er habe „kurz vor dem Beginn der Schwierigkeiten des Stinneskonzerns Transaktionen vorgenommen, die vom Standpunkte der Banken im Interesse aller Gläubiger des Stinneskonzerns bekämpft werden mußten.“ Die Banken hätten mit Rücksicht auf die Firma Hugo Stinnes verlangt, daß der Vertrag des Herrn Dr. Edmund Stinnes mit seiner Mutter, Frau Cläre Stinnes, durch glückliche Verständigung aufgehoben werden müsse. Edmund Stinnes sei einer solchen Unterredung ausgewichen, worauf die Banken ihm mitteilten, daß sie die Überlassung von Wertpapieren aus dem Vermögen der Firma Hugo Stinnes nicht anerkennen können.“ und „daß die Gläubiger es nicht hinnehmen dürften, wenn ein in der Geschäftsführung tätiges Mitglied der Familie noch wenige Tage vor dem Beginn der Stützungsaktion Objekte von so großem Wert der Vermögensmasse entziehe.“ Es folgt die Aufzählung dieser Objekte mit der Bemerkung, daß außer diesen Millionenwerten Edmund Stinnes sich noch die Zahlung von 6 Millionen Reichsmark ausbezogen habe.

Dann kommt das Interessanteste: Als die Banken verlangten, daß die von Edmund Stinnes vorgeschlossene Ausfallbürgschaft gestrichelt werden müsse durch die auf Edmund Stinnes übergegangenen Werte, erklärte Edmund Stinnes, daß er alle

Werte veräußert habe bis auf das Paket Axa-Aktien und die Anteile an der Telogeseellschaft. Es wurde von den Banken abgelehnt, sich lediglich mit diesen Werten als Sicherheit zu begnügen, es wurde verlangt, daß die übrigen Werte, die nach Holland verkauft sein sollten, entweder juristisch bewahrt wurden, oder daß deren Segenwert, den Edmund Stinnes vereinbart hatte, als Unterlage mitverwendet werden müsse. Herr Dr. Edmund Stinnes konnte genaue Aufklärungen über solche Möglichkeiten nicht geben.“ Ferner erklären die Banken, daß der von Stinnes vorgelegte Status der Axa durch seine Ziffern „erhebliche Bedenken“ erzeuge, zumal Stinnes Versprechungen von Warenbeständen dem stellvertretenden Vorsitzenden der Axa nicht betantragte habe. Angeblich hatte Stinnes alle die fraglichen Werte nach Holland verschoben, erzwang bei den Banken aber den Eindruck, als ob er noch in der Lage sei, über diese Werte zu verfügen. Insbesondere konnte Herr Dr. Edmund Stinnes nicht aufklären, aus welchem Grunde er die Werte der Nordhorn-Gesellschaft zu annähernd einem Drittel des Preises veräußert habe, der zu erzielen gewesen wäre.“ Das „Berliner Tageblatt“ verteidigt verächtlich Stinnes, indem es schreibt, die schwächste Stelle der Banken sei offenbar der Mangel an ausreichenden rechtlichen Handhaben, Herrn Dr. Edmund Stinnes mit in die Liquidationsmasse des Konzerns hineinzubehalten. Das Blatt muß aber zugeben, daß über das Schicksal der Axa bisher noch nichts entschieden ist.

Die Vorwürfe, die seitens der Banken gegen Edmund Stinnes hier erhoben werden, lassen sich genau nach den Diagrammen des bürgerlichen Straßengesetzes klassifizieren. Wenn ein Arbeitsloser dem Föder einen Laib vom Laden riecht, so kennt die kapitalistische Ausbeutergesellschaft keine Gnade und kein Erbarmen. Der Mann wird verurteilt. Anders ist es, wenn die großen Räuber unter sich sind; da haßt keine Kräfte der anderen die Augen aus, und Staatsanwalt und Gericht treten nicht in Funktion. Es ist schon viel und geschieht selten genug, daß die Räuber bei der Teilung der Beute, die sie aus der Arbeit des Proletariats erpreßt haben, sich gegenseitig so erheben, daß sie entgegen ihrer üblichen Schamhaftigkeit gegenseitig die Kräfte abstreifen und so ihre dreuzigen Madenschäfer enttuschen. Der Stinnes-Skandal ist die würdige Fortsetzung des Rhein-Ruhr-Kredit-Skandals, des Darmst.-Skandals, des Zehn-witz-Skandals und wie die Skandale alle heißen. Die Opfer all dieser Schweinereien der heute herrschenden Gesellschaft sind die Werttätigen. Auch im Falle Stinnes. Es muß deshalb die Angewandtheit der gesamten gewerkschaftlichen und politischen Organisationen des Proletariats sein, eine Einheitsfront auch gegen diese Schweinereien der Kapitalisten zu bilden und den Staatsanwalt zu zwingen, gegen diese Verbrechen mindestens das geschilderte Recht des heutigen kapitalistischen Staates anzuwenden.

Nach der Niederlage ein „Kampfprogramm“

Die Pleite der SPD- und ADGB-Führung.

Vom Zentralkomitee wird uns geschrieben:

Der Milliardensteuerraub und das Zollwuchergesetz sind mit Polizeihilfe durchgepeitscht. Tage sind vergangen, und die reformistische Führung der Massenorganisationen der deutschen Arbeiterklasse unternehmen nichts. Gar nicht zu reden vom Parteivorstand der SPD und seinem „Vorwärts“. Der hilft sich mit einigen weinerlichen Kritiken und faulen Wägen über die erste Situation hinweg.

Der „Vorwärts“ gesteht die Niederlage der SPD in vollem Umfange ein, bekennt aber, daß diese Niederlage eine Schande für seine Partei sei und schlägt einen leinen Artikel sogar mit der albernen Phrase, daß in den Niederlagen, die die SPD im Reichstag erleidet, der „Reim ihrer kommenden Macht“ liegt. Wie wenig er selbst an diese angebliche kommende Macht glaubt, zeigt der Schluß des Leitartikels vom Mittwoch, wo festgestellt wird, daß der Bürgerkrieg im Herbst mit dem Zolltarif „nicht handelspolitische Siege aufweisen“ werde, sondern „nur Siege gegen das eigene Volk.“

Also nicht genug mit den jetzigen Niederlagen, heißt der „Vorwärts“ für den Herbst noch weitere Siege der Echarfmacher gegen die Arbeitermassen voraus. Trotzdem ist er froh genug, die Forderung einiger Großbetriebe, die gegen die Zollentlastung den Generalkrieg verlangt haben, als „Generalankunft“ zu verspotten und dem hinzuzufügen: „Das schließt gerade noch, daß die Arbeiterschaft jetzt ihre Kampfmittel Annulla verpulverte und ihre Kampfkraft erschöpfte, um schließlich dem Unternehmertum willenlos ausgeliefert zu sein!“

Zum Teufel! Schlimmeres kann doch nicht mehr kommen, als jetzt kampflos Niederlagen vor den Zoll- und Steuerräubern zu erleiden und im Herbst noch ebenfalls kampflos neuen Siegen der Echarfmacher gegen die Arbeitermassen entgegen zu gehen. Die deutsche Arbeiterklasse weiß, daß in Lebensfragen gegen solche Regierungen, wie Kapp und Cuno, der Generalkrieg eine durchschlagende Waffe war. Die Arbeiterschaft weiß auch, daß gegen den eingeschlossenen Kampfwillen der gesamten Gewerkschaften keine Regierung in Deutschland entscheidende Maßnahmen führen kann. Die Arbeiter erinnern sich sehr gut, daß noch vor wenigen Monaten der Vorstoß des Deutschen Metallarbeiterverbandes bei einer Tagung des ADGB ausdrücklich erklärt hat, daß bei einheitlichem und entschlossenem Auftreten die gewerkschaftlichen Massen sogar jetzt noch imstande wären, der Bürgerkriegsregierung und den Arbeiterverbänden den Achtstündentag abzutrotzen. Die deutsche Arbeiterschaft hat es in den letzten Tagen miterlebt, wie in England der geschlossene, einheitliche Kampfwillen der Bergarbeiter, die von Verkehrs- und Metallarbeitern unterstützt wurden, die über eine gewaltige Parlamentsmehrheit verfügende, kapitalistische Regierung Englands auf die Knie gezwungen hat. Die stärkste kapitalistische Regierung Europas mußte in einem Siegerlande dem Druck der Gewerkschaften und ihrer einheitlichen Kampfkraft nachgeben und dafür sogar finanzielle Opfer auf sich nehmen, die in die Hunderte von Millionen gehen.

Wo war hier in Deutschland jetzt in den kritischen Wochen des Steuer-raubes und des Zollwuchers dieser Druck der Gewerkschaften. Wo war ihre einheitliche Kampfkraft? — Die ganze gewaltige Macht des organisierten Proletariats wurde von seinen jetzigen reformistischen Führern in der schwächlichen Weise verpulvert und vertan. Resolutionen und Votivgänge und schließlich noch eine papierne „Warnung in letzter Stunde“, das war alles. Und es war leicht, weil die Bürgerkriegs-Parteien und ihre monarchistische Regierung wußten, daß die jetzigen Gewerkschaftsführer keinen Augenblick daran dachten, irgendeine Kampfmaßnahme zu treffen, oder auch nur mit den gewerkschaftlich organisierten Massen den leichten Druck auszuüben. Wohl schrieb die Gewerkschaftszeitung des ADGB in pathetischen Artikeln davon, daß der Zollkampf „mit allen Mitteln“ geführt werden solle. Es wurde sogar angekündigt, daß „von unten auf ein Sturm losbrechen“ solle. Aber das waren alles nur hohle Phrasen, mit denen man die Arbeitermassen hingehalten hat, um sie dann erleben zu lassen, daß gar nichts, aber auch rein gar nichts für eine Organisation des Kampfes gegen den Steuer-raub und Zollwucher geschah.

Die SPD hat schon am 21. Juni, also sehr rechtzeitig die Gewerkschaftsführer in einem offenen Briefe zur Vorbereitung des gemeinsamen Kampfes der Arbeitermassen gegen die Steuer- und Zollwucherspläne der Bürgerkriegsregierung aufgefordert. Dunderhunderttausende von Arbeit-



...haben in unruhigen Betrieben und Gewerkschaften...
 ...in gewaltigen Demonstrationen diesen...
 ...auf zum gemeinsamen Kampf aufgenommen und verdrängt...
 ...In zahllosen Orten ist die SPD an die Gewerkschaften...
 ...führer wegen Bildung der gemeinsamen Kampffront be...
 ...setzt. Ihr Eintreten für die gewerkschaftlichen Kämp...
 ...gekommen hat, besonders in Berlin, gezeigt, daß trotz der...
 ...offiziellen und propagatorischen Ablehnung kommunistischer...
 ...Kadaver, die großen Massen in den gemeinsamen Kampf...
 ...der Kommunisten einstimmen.

Aber die reformistischen Gewerkschaftsführer wollten die Organisierung der gemeinsamen Kampffront nicht. Sie wollten keinen Druck der gewerkschaftlichen Massen auf die Luther-Regierung organisieren. Sie beschieden sich ausschließlich mit parierenen Erklärungen, derweil die SPD-Führer im Reichstag sich in schönen Reden übten und lokale Opposition markierten. Als die Entscheidung über den Zollwucher unmittelbar bevorstand, hat unsere Fraktion auch im Reichstag noch durch ein direktes Angebot die SPD-Führung vor die Frage der entschlossenen, rückhaltlosen Opposition gestellt. Die SPD-Führung, die durch Hermann Müller den deutschnationalen Vizepräsidenten Graf zu dem polizeilichen Hinauswurf kommunistischer Abgeordneter animierte und ihm dabei schändliche Mitschuld leistete, hat auf das Angebot unserer Fraktion überhaupt nicht geantwortet. Sie schwächten geheimnisvoll herum, daß sie im letzten Augenblick noch noch durch parlamentarische Obstruktionsmittel das Zustandekommen des Zollwuchergesetzes verhindern würden und ihre ganze Opposition bestand schließlich nur in einem kläglichen Hinauslaufen, wobei sie wußten, daß ihre demokratisch-christlichen Reichsbannerkameraden durch passive und aktive Teilnahme an der Schlusshabitation den Zollwucher sichern würden. Jeder kommunistische Versuch, SPD-Abgeordnete wenigstens zu einem entschlossenen parlamentarischen Widerstand zu bringen, war damit zum Scheitern verurteilt — und jetzt jammern die Müller-Hilferding und Stämpfer in ihrem „Vorwärts“ über Niederlagen, unerhörte Niederlagen, die sie selbst dem deutschen Proletariat beigebracht haben. Jämmerlicher ist nie die Kraft einer Arbeiterklasse und ihrer machtvollen Gewerkschaftsorganisationen verstan worden.

Jetzt also, nach der Niederlage, hat der hohe Rat des DGB getagt und etwas von sich gegeben, was der „Vorwärts“ mit vollen Seiten als ein Kampfsprogramm hinanspottet. Jetzt, da der Raubzug durchgeführt wird, Preiserei und Teuerung einsehen, — jetzt geben die Gewerkschaftsführer die beschiedene Lösung des „Kampfes um die Goldlohnhöhe“ heraus. Welch weiser Beschränkung diese „berufenen Instanzen“ doch fähig sind. Sie fordern nicht Friedensreallohn, die bei der fortschreitenden Teuerung als Mindestforderung gelten müßten. Goldlohn kann gegenüber dem Friedensreallohn sogar eine Lohnherabsetzung bedeuten.

Nur dem Kapitalismus nicht wehe tun! Goldlohnhöhe, das gibt so schön die Möglichkeit, den einzelnen Arbeitergruppen, manchmal denen mit Spitzenlöhnen und manchmal auch den Angelernten, vorzuziehen, wie es doch möglich sein müßte, die Differenz zwischen dem jetzigen und dem Goldlohn, durch Verhandlungen, durch Schlichtungsverfahren und Schiedspruch, nach und nach herauszuholen. Goldlohn für jeden Beruf auszurechnen, das gibt so schöne Möglichkeit, jede Gruppe für sich zu behandeln und ihren Kampfwillen abzumühen. Das ist das Gegenteil der Vereinheitlichung der Lohnbewegungen. Das heißt von vorne herein Zersplitterung. Es wird ausdrücklich im „Vorwärts“ erklärt, daß die Einleitung und Führung der Kämpfe Sache der einzelnen Gewerkschaften ist.

Die Gewerkschaftsführer wissen, daß die durch Steuer- und Zollwucher einsehende Verteuerung der Lebensmittel und notwendigen Bedarfsartikel das Proletariat schwer trifft. Es kommt deshalb alles darauf an, die dem Klünderungsfeldzug einheitlich in geschlossener Front entgegenzutreten. Daß das der DGB nicht will, zeigt die böse Tatsache, daß in ausgerechnet dieser Bundesauschussung Dikmann mit seiner Forderung nach Industrienerbänden ganz isoliert wurde. Aber die Lasten der Verbrauchssteuern, der Reparationszahlungen, des Lohnzuges und insbesondere der drohenden unerhörten Wiedereinsteigerungen, sind so gewaltig, daß nur durch einheitliche große Lohnkämpfe in stürmischen Tempo, nur durch planmäßiges Einlegen der gesamten Kräfte der Arbeiterklasse, ein zeitweiliger Ausgleich erreicht werden könnte.

Wir wissen, daß nur durch Stärkung der Gewerkschaften und Aktivierung der Massen möglich ist, aber wir wissen auch, daß es nur gegen den Willen der jetzigen Gewerkschaftsführung durchgeführt werden wird. Deswegen: Herein in die Gewerkschaften, vorwärts für die Einheit! Brecht den Einfluß der reformistischen Führer. Schafft die proletarische Klassenfront! Erzwingt gemeinsame proletarische Aktionen gegen die Ausbeuterpolitik der Zoll- und Steuerwucher.

Gegen Zollkriegs- und Optantenhebe

Berlin, 19. August. (Eigene Drahtmeldung.) Seitens, Dienstag abend, fand eine deutsch-polnische Arbeiterkundgebung gegen Zollkriegs- und Optantenhebe, einbezogen von der SPD, statt. Referent war der oberste polnische Genosse Jada. Er führte aus:

„Bis 1922 haben 15 000 polnische und deutsche Proletariat durch die deutsch-polnische nationale Frage und durch bewußtete Kämpfe ihr Leben lassen müssen. Die Bourgeoisie benutzt die nationale Frage zur Verhetzung der Proletariat gegeneinander. Für die Bourgeoisie ist die nationale Frage ausschließlich bestimmt durch Profitinteressen. So hat z. B. der ehemalige deutsche Fürst Plech aus Profitgründen die polnische Nationalität und sogar polnischen Namen angenommen. Das wirklich selbständige Recht der Nationalität wird nur durch die kommunistischen Weltparteien vertreten. In Sowjetrußland leben 28 Nationalitäten, sich selbst bestimmend, friedlich zusammen. Die endgültige Lösung der nationalen Frage ist nur möglich durch die proletarische Revolution wie in Rußland. Die gegenseitige Optantenausweisung ist ein Bestandteil der nationalen Verbeugung. Zu den wieder Ausgewiesenen 10 000 sollen noch weitere 15 000 hinzukommen. 55 Millionen Mark wären zur Wohnungsbeschaffung für die Optanten nötig. Aber die deutsche Regierung hat dafür keinen Pfennig. Schon im Juni hat die SPD entsprechende Forderungen im Reichstag eingebracht.“

Jada's Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprach ein Jugendgenosse über die Verfolgung der polnischen jugendlichen Arbeiter durch den weißen Terror. Ein Pole, preußischer Staatsangehöriger, polenisierte gegen die kommunistische Politik. Polnische Arbeiter appellierten an die Solidarität der deutschen Arbeiter. Eine Proletarrevolution gegen den weißen Terror in Polen und gegen das Schandgerichtungsverfahren gegen die drei polnischen Genossen Kameny und Kuzlowa wurde angenommen und an die polnische Genossenschaft in Berlin geschickt. Ein Begrüßungs-

...genommen in die Reihen der Genossen wurde angenommen und abgelehnt.

Die „Kots Jahne“ veröffentlicht heute einen gemeinsamen Aufruf vom Zentralkomitee der SPD und der KP. Polens gegen die Optantenhebe und gegen deutsch-polnischen Krieg. Die Kots Hölle Deutschlands und die kommunistische Reichstags- und Landtagsopposition laudien Brieftelegramme an die Weichauer Regierung, worin Aufhebung des Schandgerichtsverfahrens gegen die drei polnischen Genossen gefordert wird.

Falschichtige Ausdehnungen in Wien

Wien, 17. August. (Eigene Drahtmeldung.) Heute abend veranstalteten die Sozialisten zusammen mit den Christlich-Sozialisten eine antifaschistische Demonstration, bei der es zu den wildsten Ausdehnungen selbst gegen Frauen kam. Die Polizei benahm sich äußerst milde. Die Demonstration richtete sich gegen den gegenwärtig lebenden Sozialistkongress und war anfangs verheerend, wurde aber auf Wunsch von christlichsozialen Abgeordneten gestoppt.

Wien, 18. August. (Telunion.) Nach dem Polizeibericht über die getriggen Unruhen in Wien haben sich in einzelnen Stadtteilen förmliche Kämpfe abgepielt. Beim Burgtheater wurden auf den Bänken in den Anlagen Barricaden gebaut, die von der Polizei gekürrt werden mußten. Die Demonstranten verteilten sich mit eigenen Waffen. Ein Versuch, das Parlament zu kürren, konnte rechtzeitig verhindert werden. Nach bisherigen Feststellungen sind 22 Polizeibeamte verletzt und 15 Dienstreiter durch Messertische verwundet worden. 150 Personen wurden verhaftet, von denen 132 zu 14 Tagen Arrest verurteilt wurden. Zur Verhütung weiterer Ausdehnungen hat die Regierung die Infanterieregimenter aus Innsbruck und Linz und das Artillerieregiment aus dem Prater Lager nach Wien beordert.

Antifaschistische Wanzgen

Die „Dresdner Volkszeitung“, das multergültige Antifaschistenblatt, das in seiner gemeinen Hehe gegen Sowjetrußland sogar den Inhalt der antifaschistischen Sondernummer des „Röschischen Beobachters“ übertrifft, hat wieder eine Sensation. Während man bisher auf dem Weltener Wank zu den Berichten aus Rußland, die die eigenen Parteigenossen gegeben haben, geschwiegen hat, verurteilt man nunmehr, nachdem der Schwindel von den „Potemtschen Dörfern“ bei den Arbeitern nicht mehr sieht, die Hehe gegen Rußland auf eine andere Weise zu drehen. Dabei merkt die Volkszeitung gar nicht, wie sie gerade mit diesem Artikel den Beweis erbringt und selbst eingesteht, daß den Rußland-Delegierten keine „Potemtschen Dörfer“, sondern die nackte Wahrheit angeht wurde. Die Volkszeitung jährt den Bericht des russischen Gewerkschaftsorgans „Trud“, nachdem der Führer der Kommunisten in Perm zu den Delegierten folgendes gesagt haben soll:

„In Deutschland schreibt man in den Zeitungen, daß wir den Ausländern nur das Gute bei uns zeigen. Zeigen wir ihnen deshalb auch das Schlechte. Führt sie in eure Wohnungen, unacht in die alten Kasernen; zeigt ihnen eure Wänsen; kommt euch gar nicht. Es sind Sowjetwanzgen!“

Und der „Trud“, das zentrale russische Gewerkschaftsorgan, schreibt dazu:

„In Unimo merk jetzt, was das bedeutet. Eine ungeheure Kaserne, dicht besetzt mit Arbeitern, Arbeiterinnen und belandert viel Kindern. Doch die härtige Faserzeugung dieser Kaserne bilden die Wanzgen, große, fette Wanzgen. Außerdem ganze Schwärme von Aliengen. Schlimm leben die Arbeiter in diesen Kasernen: Indige Luft, keine Wasserleitung, keine Kanalisation, je 6-7 Personen in einer Kammer — das sind bei weitem keine „Potemtschen Dörfer“. Es gibt freilich in Wolwo auch neue Häuser, mit lauberen, hellen Zimmern, es wird auch eine Wasserleitung gebaut. Aber die Wohnungskrise ist trotzdem sehr groß in Wolwo.“

Die Volkszeitung stellt also selbst fest, daß den Rußland-Delegierten das gezeigt worden ist, was auch in Rußland nach Verbesserungsbefürftig ist und was die Sowjetregierung bisher noch nicht beilegen konnte. Mit diesem Jugentombis fällt also der ganze Schwindel von den „Kulissen“ und den „Schongesarten“ Berichten. Wir können der Volkszeitung nur dankbar sein, wenn sie jetzt (wenn auch versehentlich) die Arbeiter entgegen dem bisher betriebenen Schwindel anders informiert. Jeder denkende Arbeiter wird dabei den Widerspruch in der Antifaschistenhebe der Volkszeitung feststellen können. Aber eine Dummheit kommt gewöhnlich nicht allein, und so passiert der Volkszeitung noch ein zweiter Schmeißer. Die Volkszug schreibt:

„Interessant ist, wie der Berichterstatter die Stimmung der deutschen Besucher angeht dieser Verhältnisse schildert:

„Auf die Delegation hat der Besuch der Arbeiterwohnungen einen niederschmetternden Eindruck ausgeübt: „Der russische Arbeiter ist unzufrieden — erklärten sie — bei einem solchen Arbeitslohn, wie wir ihn nicht haben, und bei so billigen Lebensmitteln (2½ mal billiger als in Deutschland) könnte man ein besseres Leben führen.“

Damit stellt also die Volkszeitung das fest, was wir so oft geschrieben haben und was bisher von der Volkszeitung bestritten wurde, nämlich daß der russische Arbeiter 2½ mal billiger lebt als der deutsche Arbeiter, und dabei einen Lohn erhält, wie ihn die deutschen Arbeiter nicht haben. Wenn nun die deutschen Delegierten in Rußland auch das gesehen haben, was jede kapitalistische Regierung verschleiern möchte, so zeigt die Sowjetregierung vor den Augen der Delegierten und nach den Angaben der Volkszeitung, daß auch in Rußland noch vieles schlecht ist, daß es sogar noch Wanzgen in Arbeiterwohnungen gibt, aber sie zeigt auch, daß mit aller Kraft daran gearbeitet wird, daß es besser wird.

Ist das ein Aufwiegen von Kulissen? Ist das ein Betrug? Ist das ein Widerspruch?

Nein, diese Schlechten, vom Jarkismus übernommenen, durch den Weltkrieg und Bürgerkrieg verschlechterten Wohnungsverhältnisse in so kurzer Zeit zu liquidieren, das kann selbst die Sowjetregierung nicht.

Um aber den allerhöchstmöglichen Verhältnissen abzuhelfen, hat die Gemeinde Perm 600 000 Rubel zum Bau von Arbeiterwohnungen ausgeworfen, das verschweigt die „Dresdner Volkszeitung“ gänzlich. Denkt sie vielleicht an die elenden Wohnungsverhältnisse in Deutschland, wo der Arbeiter Mietzinssteuern bezahlen muß und trotzdem keine Wohnungen erhält?

Jedenfalls kann aber nach diesem Reinsfall der „Dresdner Volkszeitung“ festgestellt werden: In Rußland werden keine Potemtschen Dörfer gebaut, sondern gute Arbeiterwohnungen. Die jetzt noch vorhandenen Sowjetwanzgen werden gesteckt — und die deutschen Arbeiter werden sich denken müssen, auch die „Antifaschistenwanzgen“ (wenn sie auch etwas größer, gefühlicher und stinkiger sind) in Deutschland zu machen.

Drohender Streit in der französischen Hütten- und Schwerindustrie

Genève, 18. August. (Telunion.) Die Gewerkschaften haben den Angebot der Internationalen der französischen Hütten- und Schwerindustrie auf eine 3-Abwärtige Erhöhung des Arbeitslohnes abgelehnt. Die Metallarbeiterverbände haben als letzten Versuch zu einer gütlichen Einigung die Regierungskommission um Vermittlung angefordert. Sollte bis Ende dieser Woche keine Einigung zustande kommen, beschließen die Gewerkschaften, den Streik zu erklären. Die Arbeitgeber erklären, daß die Schwerindustrie unter keinen Umständen die Forderungen der Gewerkschaften erfüllen könne, da die Kohnerhöhung der Bergwerkarbeiter eine 3prozentige Kohlenpreiserhöhung nach sich gezogen habe, die von der Hüttenindustrie getragen werden müßte.

Zwei Kommunisten wegen antimilitaristischer Propaganda verurteilt

Ludwigshafen, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Das französische Kriegsgericht Landau verhandelte gestern gegen die Genossen Karl und Robert Symon aus Ludwigshafen wegen Verteilung antimilitaristischer Schriften, wegen Daktiergeräts und Waffenbesitz. Die Anklage beschuldigt die beiden Brüder, daß sie durch kommunistische Schriften die Besatzungstruppen zum Ungehorsam aufgefordert hätten. Robert Symon wurde zu drei Jahren Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, Karl Symon zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Rote Bergarbeiterhundertchaften in England

London, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Die streikenden Bergarbeiter von Ammanford beschlossen, Arbeiterverteidigungs-Bataillone — also eine rote Hundertschaft — aufzustellen und die Bergarbeiter des ganzen Bezirks, in denen es unläßt zu blutigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Polizei gekommen ist, zum Selbstvorgehen aufzurufen. Die Aufstellung dieser Arbeiter-Bataillone wird für notwendig erklärt wegen der Truhungen, die gegen den Bergarbeiterverbandshauptquartierenden Coal gerichtete werden, und weiter wegen der Zusammenarbeit zwischen Polizei und faschistischen Organisationen. Der Bergarbeiterverband hat an die Labour-Party und an den britischen Gewerkschaftskongress Briefe gerichtet, worin erklärt wird, es würden militärische und faschistische Kräfte konzentriert, um den organisierten Widerstand des Proletariats gegen das Kapital niederzuschlagen. Die Labour-Party wird aufgefordert, dagegen eine breite Kampagne in Arme und Marine zu betreiben. Die kapitalistische Presse ist darüber außer sich. Die scharfmacherische Morning Post spricht von einem „roten Versuch zur Eroberung der Arme und Marine“.

Rußland protektiert gegen die italienischen Zollerhöhungen

Moskau, 17. August. (Telunion.) Zwischen Rußland und Italien ist infolge der italienischen Zollerhöhungen ein ernstlicher Konflikt entstanden. Die russische Regierung hat durch ihren Botschafter in Rom dagegen scharfen Protest einlegen lassen. Göttern empfing Viminoli den italienischen Gesandten in Moskau und erklärte, wenn Italien die Zollerhöhungen nicht rückgängig mache, die italienisch-russische Freundschaft nicht darunter leiden würde. Von dem Aufbau der wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder könne dann keine Rede sein.

Tschitscherin bleibt

Paris, 18. August. (Telunion.) Die Sowjetregierung hat erklärt, daß die Bildung, wonach der russische Außenminister Tschitscherin von seinem Posten zurückgetreten sei.

Französische Offensive gegen die Rif-Tablen

Paris, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Eine amtliche Erklärung meldet, daß eine neue große französische Offensive gegen die Rif-Tablen seit gestern im Gange ist. Dem Infanterieangriff ging eine kurze Beschießung durch Artillerie und Flugzeuggeschwader voraus. Französische Seite wird der Angriff von 25 Bataillonen geführt. Frankreich hat bis jetzt im ganzen 100 Bataillone nach Marokko geführt. Der „Matin“ meldet aus Fez, daß Abd el Arim seine Propaganda unter den Rifstelen neuerdings wieder kräftiger betreibt. Killeute hätten sich durch die französischen Linien geschlichen und verbreiten im Rücken der französischen Arme und Meldungen von angeblichen Siegen Abd el Arims. Abd el Arim verfüge noch immer über große Gelddeträge und habe neuerdings wieder Waffen und Munition erhalten.

Der französische Sozialistkongress für die Fortführung des Marokkokrieges

Paris, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) In der vom Parteitag der französischen Sozialdemokratischen Partei angenommenen Resolution heißt es unter anderem, die Sozialdemokratische Partei lehnt jede Verantwortung für den Marokkokrieg ab, verlange die Veröffentlichung der in Madrid ausgearbeiteten Friedensbedingungen für Abd el Arim, die Anerkennung der Unabhängigkeit des Rifgebietes und die Kontrolle des Völkterbundes. Sie verurteilt dagegen jeden Versuch, die französischen Soldaten zur Verbrüderung mit den Rifstelen oder gar zur Fahnenflucht zu verleiten und spricht sich aus scharf gegen eine Klümmung Marokkos aus, da dies für die Zivilisation viel gefährlichere internationale Verwicklungen schaffen würde, als der alle Zukunft.

London, 17. August. „Daily Mail“ meldet aus Tanger: Der erwartete Umschwung an der marokkanischen Front ist bisher nicht eingetreten. Die Rifstelen haben bei Jaza an drei Stellen die französische Front erneut durchbrochen und den Rückzug der französischen Truppen auf Taza zur Folge gehabt. In Rabat sind die Vorbereitungen für einen in Marokko beginnenden Stützpunkt wahrnehmbar.



140 Prozent Friedensmiete!

„140 Prozent der Friedensmiete wird die endgültige, dauernde Miete betragen“, hat der deutsche nationale Minister Reubhaus...

140 Prozent, also die Hälfte mehr, als vor dem Kriege, wird die Wohnungsmiete betragen und dazu das bereits jetzt vielfache in der gesamten übrigen Lebenshaltung...

Soll mit der Erreichung der 140 Prozent Friedensmiete die das ganze werktätige Volk bedrückende Frage der Wohnungsnot und -knappheit gelöst sein? Diese Frage ist...

Wenn der Arbeiter nicht doch vorher auswohlt! Wenn nicht erkannt, wer immer neue Lasten und Bürden auf seine Schultern ladet...

Der „höfliche“ Badeanstaltsbesitzer

Ganz besondere Beachtung verdient der Badeanstaltsbesitzer Reichert vom Elbbad zwischen Augustus- und...

Ein bulgarischer Student, der seit zwei Jahren in Dresden wohnt, besuchte am 14. August das ebenfalls dort befindliche Stadt-Freibad für Männer. Er gab dort vor...

Da dieser Fall von Gemeinheiten des Herrn Reichert gegen Besucher des Stadt-Freibades nicht vereinzelte Vorfälle...

Feuilleton

Und sie schwelgen...

Swineböden. Ein Hotel ersten Ranges. Toilette. Man ist mit Selbstverständlichkeit, fast Verachtung...

Schneidemann. Eine dürftige Holzbarock. Eintönig, entwerfend flücht der Regen gegen das Holz. Etwas 50 Stroh...

Und sie schwelgen... Werden morgen vielleicht auf den Wandergängen des Ruchhauses... auf der Hotelterrasse...

lichen Tage hat nur ein Rad im Radl. Freitags sollen können, von dem nur auf seinen Profit bedachten Herrn Reichert...

Was schmat mit Wenigen? Eine Berliner Korrespondenz schreibt: Aus Mangel an Zahlungsmitteln über Werte unter fünf Reichsmark...

Dresdner Schlachtwirtschaft. Dresden, 19. August. Vertrieb: 280 Ochsen, 299 Rullen, 425 Kalben und Kühe, 627 Kälber, 808 Schafe...

Staatliche Kraftwagenverwaltung. Der von der staatlichen Kraftwagenverwaltung für Donnerstag zur Ueberführung nach Plauen...

Tätigkeit der Feuerweh. Die Feuerweh wurde am Montag 1.54 Uhr nach dem von der Johannesstraße 3 gerufen. Dort waren in einem in Keller gelegenen Holzhaufe Papierabfälle...

Unfall beim Staffspiel. Am Sonntag stürzte ein Mann, als er sich beim Spiel auf einen Stuhl setzen wollte, bei einem Fehltritt...

Sturz aus dem Trepp. Am Sonntagabend stürzte im hiesigen Paradiesgarten eine 16 Jahre alte Kontoristin die Treppe hinab...

Sturz aus dem Fenster. Am Sonntag stürzte sich in Selbstmörderlicher Absicht ein 17jähriger Schülererlehring aus dem zweiten Stock...

Herr Seering weiß nicht, wo er das Geld zur Optantenhilfe hernehmen soll. Wie war's, Herr Seering, wenn man jeden Kurgast der feudalen Hotels...

Dazu doch bedürfte es ja monatelanger Beratungen in sämtlichen Ausschüssen und „Kammisschulen“ der Parlamente. Bis da praktische Hilfe würde...

Sie schwelgen... Das eines neuen Warenhauses in Moskau. Der Moskauer Sowjet hat beschlossen, ein neues großes Warenhaus zu erbauen. Das Haus soll aus sieben Stadteilen bestehen...

Die Stellungsfähigkeit der russischen Eisenbahnen hat sich in diesem Jahre wesentlich erhöht. Die durchschnittliche Tagesleistung der Frachtbeförderung stand im Juli 25 Prozent über dem Juli des Vorjahres...

Handlung der Unterhaltung und Belebung. 10.15 Uhr Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -ausgabe...

Handlung der Unterhaltung und Belebung. 10.15 Uhr Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -ausgabe...

VOM TAGE

Die Jagd-Katzenpöppe in Frankreich. Keine Schuld des Hochpersonals. Paris, 17. August. Die Zahl der Todesopfer hat sich auf 12 erhöht. Bei dem Zusammenstoß in Saint Denis wurden 4 Personen getötet...

Neue Todesopfer der Banauer Typhusepidemie. Hanau, den 18. August. Die Typhusepidemie in Hanau hat am Montag wieder zwei Todesopfer geordert. Unter den Toten befindet sich auch eine Milchbäuerin...

Großfeuer in der Thobischen Papierfabrik. Dresden, 18. August. Die Leitung der Thobischen Papierfabrik K.G. Hainsberg gibt über den Brand folgende Darstellung: Am Sonnabend den 15. August, abends 8 Uhr entstand in der Thobischen Papierfabrik K.G. zu Hainsberg Feuer...

Hingungabsturz im Schwarzwald. Darmstadt, den 18. August. Der Flieger Bulch aus Darmstadt ist heute früh nach unweit südlichem Hatten Flug mit seinem Begleiter Joh mit dem Flugmaschine „Hesslinger“ bei Rillingen im Schwarzwald abgestürzt...

Auto-Zusammenstoß. Freiberg, 19. August. Dienstag gegen Mittag fuhr ein Wagen der staatlichen Kraftwagenverwaltung Freiberg-Oberharau am Kochplatz mit einem Privatauto zusammen. Letzteres wurde sehr stark beschädigt...

Todessturz von einem Schloßurm. Hanau, den 18. August. Bei der Ausführung von Dacharbeiten an den hohen Türmen des Schlosses Bieberstein an der Rhön stürzte ein 18 Jahre alter Dachbeder in die Tiefe auf den steinerne Boden...

Ein tragischer Selbstmord. Reichenberg i. B., 18. Aug. Der 60jährige Arbeiter Josef Houbes aus Turnau bei Reichenberg ging am Jahrestage des Todes seiner Frau auf den Lauenauer Friedhof, legte einen Kranz auf das Grab seiner Gattin, die im vorigen Jahre gestorben war, und ließ sich mit einem Taschenmesser ins Herz...

Die Mutter von ihrem einjährigen Kinde schwer verletzt. Reichenberg i. B., 18. August. Ein seltener Unglücksfall traf eine arme Fortdienerin namens Josef aus Reichenberg bei Reichenberg. Sie hatte den einjährigen Säugling auf dem Schoße, als das Kind plötzlich der Mutter mit dem Finger so heftig ins Auge stieß, daß schwere Gefahr für dessen Verlust bestand...

Ein Panther aus dem Parke Zoo angedrohen. Paris, den 18. August. Aus dem Zoologischen Garten brach ein Panther aus und flüchtete in den Bois de Boulogne. Es wurden 30 Polizeisten aufgeben, die seit heute mittag ununterbrochen Ausschau nach dem Tier halten.

Große Freiheitsbeeren in Nordböhmen. Böhmisches Zeipz, 18. August. In den großen Feldwäldern am Böhmisches Zeipz gibt es eine wahre Reformbeeren- und Freiheitsbeeren-Tausende Äster werden täglich eingesamlet und der Preis wäre billiger, wenn nicht die Preissieger so groß wäre. Die Sträucher treiben vielfach eine zweite Blüte.

Jahreschau Deutscher Arbeit Dresden. In einer von einer Korrespondenz kürzlich in einer Reihe von Zeitungen verbrachten Reihe „Abfrage von zwölf deutschen Ausstellungen“ wurde unter anderem mitgeteilt, daß auch die „Ausstellung Deutscher Arbeit“ in Dresden verabschiedet worden sei...

Handlung der Unterhaltung und Belebung. 10.15 Uhr Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -ausgabe...

Handlung der Unterhaltung und Belebung. 10.15 Uhr Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -ausgabe...

Freital

Freital

9. Aug. 10 lang du fragen kannst...

Die „Arbeiterstimme“ wird vor den Kadi geschleppt. Es beschloffen die Ratsherren von Freital in ihrer Sitzung am Montag gegen die Stimme des kommunistischen Vertreters auf Antrag des bürgerlichen Stadtrats Baumgarten. Die „Arbeiterstimme“ soll sich wegen Beleidigung des sozialdemokratischen Bürgermeisters Kimpel verantworten. Als Beleidigung seiner Bürgermeistertätigkeit empfindet der Sozialdemokrat Kimpel den Artikel der „Arbeiterstimme“ vom 8. Juli 1928, überschrieben „Eine längliche Angulungsfähigkeit“. Sechs lange Wochen hat er diesen Schwergedruckten Herr Kimpel trag ihn nicht länger, sehr muß es büßen — die „Arbeiterstimme“. Wozu ist man denn Bürgermeister! So etwas braucht man sich nicht gefallen zu lassen. Aber was, wozu hat man einen bürgerlichen Freund, der noch dazu Jurist ist. — Also vor den Kadi mit der „Arbeiterstimme“, damit recht schnell die Ehre wieder hergestellt und die Freitaler bestraft werden. Warum soll man denn nicht auch in den Hundstagen ein Gaudi machen? Das wird eine feine Sache werden, wenn die beleidigte Würde des Sozialdemokraten Kimpel wieder hergestellt und die „Arbeiterstimme“ sensationell berichten kann: „Die „Arbeiterstimme“ wegen „Beleidigung“ des „Genossen“ Kimpel verurteilt. Alle freuen sich schon darauf, der Kadi der Stadt, die Freitaler „Volkzeitung“, die „Arbeiterstimme“ und auch der Sozialdemokrat Kimpel, der jetzt schon denkt:

die Stunde kommt, die Stunde kommt — wo du vorm Kadi stehst und — Ha gft

Ein Wort der Ermahnung!

(Von S. Böhm, Hainberg.)

Wer im blauen Grund Beobachter der Mieterorganisationen, (welche Protokolle sammeln, lein lassen), worunter auch die Verammlung im Gieseler Hainberg am 7. August ist, gewesen ist, wird feststellen, daß die Mieterchaft die ihr drohenden Gefahren noch nicht erkannt hat, noch nicht weiß, um was es geht, denn sonst könnte eine solche Teilnahme so leicht, wie sie an den Tag gelegt wurde, nicht herrschen. Gleichwohl wird sich der Beobachter auch fragen, es kann nicht sein, daß die sich auf die Mieterchaft stützende Ausbeutung und Verelendung von den Mietern nicht erkannt würde, denn sie spüren es ja täglich an eigenen Leibe und man kann oft Klagen und Empörungen wahrnehmen. Wir denken es vielmehr, daß der größte Teil der Mieter zu gleichgültig ist und alles hinnimmt, was ihnen aufgewälzt wird, ohne auch nur den geringsten Widerstand zu leisten, vielmehr den Anleitungen ihrer Organisation zur Bekämpfung der ungerichteten Forderungen der Haus- und Grundbesitzerorganisation und ihrer Helfer (die reaktionären Parteien) nachkommen, vielmehr so eingeschult sind, daß sie glauben, die Leistung und Funktionäre der Mieterorganisation wird und mag für uns kämpfen, wir bezahlen ja unseren Beitrag. Gerade diese Auffassung und Einstellung der Organisation ist grundfalsch. Die finanzielle Unterstützung der Organisation ist wohl eine der Hauptaufgaben, aber nicht die Hauptaufgabe, sondern über sie kommt die moralische Unterstützung, welche der Organisation erst die Macht und Stärke gibt und das heißt zum Überdies. Wie war es denn mit der moralischen Unterstützung bisher und ist es noch heute? Ich erinnere an die Genossen wie Reichsmietengesellen und Mieterbundgenossen, welche auf Drängen der Mieterorganisation bei der Reichsregierung trotz Sturm der Hausbesitzerorganisation und den ihnen freundlichen Parteien geschlossen wurden, in von den Rechten, welche die Gesetze brachten, von der Mieterchaft Gebrauch gemacht und die Anreger der Gesetze damit unterdrückt worden? Ich sage nein! Ich gehe noch weiter und behaupte, daß ein großer Teil der Mieter bewußt oder unbewußt dagegen gearbeitet hat, daß das von unleren Genossen ausgenutzt wurde und erneut Anträge bei der Reichs- und Landesregierung einbrachten, welche Forderungen der Gesetze verlangten, sie wohl jedem klar. Aber noch nicht genug, ein großer Teil der Mieterchaft hat sogar auch hier noch die Pläne unlerer Gegner mit zu unterstützen, indem sie bei den verschiedenen Wahlen zum Reichstag und Landtag für eine Mehrheit der Abwender des Reichstages sorgten, insofern, daß sie trotz Warnung und Hinweis auf die Gefahr, welche eine kapitalistische reaktionäre Regierung überaus auf Mieterchaft bringen wird, obwohl es für die Mieterchaft ein Leichtes wäre, sich einen Reichstag zu schaffen, der seinen gerechten Forderungen Rechnung tragen muß, weil ja 90 bis 95 Prozent des deutschen Volkes Mieter sind. Aber leider läßt sich die Mieterchaft den Willen der 7 Prozent Grundbesitzer auszuweichen und ist ihnen dabei noch behilflich. Also so sieht die moralische Unterstützung der Mieter ihrer Organisation gegenüber aus. In was liegt das nun? Die Mieterchaft läßt sich von den schon klingenden Versprechungen, welche nur Heucheleien sind, beeinflussen und nehmen es als ihre Mühe. Die Mieterchaft strengt sich nicht an, einmal darüber nachzudenken und die Verbreitung der Lügen, welche ihnen von Gegnern vorgelesen werden, mit der Wirklichkeit zu vergleichen, so würde und müßte die Mieterchaft bei den Wahlen ihren Ausbeutern das Grab graben. Aber durch die Denksachen werden sie sich und ihren wirklich kämpfenden Mietgenossen zum Totengräber. Mietgenossen, so kann und darf es nicht weiter gehen, ihr kommt, wenn wir zum Ziel, welches wir uns gesetzt haben, gelangen wollen, um einen Kampf nicht herum. In den Schloß fällt es uns nicht, darum beteiligt euch rechtlich am Kampf und stellt die persönliche bequemere Ruhe etwas zurück, verfolgt die Politik der Männer, denen ihr bei den Wahlen die Stimme gabt, ob sie in eurem Interesse gearbeitet haben, guckt ihnen aber nicht nur auf den Mund, sondern mehr auf die Finger und ihr werdet beiseite finden, daß ihr betrogen seid. Da ihr aber nun eure gewählten Vertreter nun heute auf morgen nicht abzurufen könnt, da ihr sie auf Jahre gewählt habt, so ist nur über eine Ausnahme vorhanden, unterstützt die Mieterorganisation moralisch, wie finanziell, macht sie zu einer Macht, welche von den Reichs- wie Landesregierungen respektiert werden muß, wenn sie den, der Volkswirtschaft viele Wunden schlagenden Plänen der Haus- und Grundbesitzerorganisation noch weiter Rechnung trägt. Aber auch die Arbeit der Gemeindevorsteher muß die Mieterchaft, welche ja auch hier die liberale Mehrheit der Gemeinde ist, genau prüfen, ob in mieterpolitischen Hinsicht der Einwohnereinstellung genügt wird; auch hier werden die Mieter auf große Unterstützung rechnen. Um nur einen Fall anzuführen und zwar aus dem Hainberger Gemeindevorstand, wo ein Gemeindevorsteher bei Aechtung der Mietern eines von der Gemeinde neuerbauten Wohnhauses, dessen Mietern wesentlich über den durchschnittlichen Mietern liegen, trotzdem die Hälfte der Ratslosen durch Mietersinnigkeit gedeckt sind — erklärt, daß wir in Hainberg glücklicherweise niedrige Mietpreismieten hätten, (was Genossen ist wahr), mit anderen Worten, die Gemeinde kann ruhig darüber hinausgehen. Nun war dieser Gemeindevorsteher nicht etwa ein Hausbesitzer, von dem man es schließlich nicht anders erwartet, nein, es war ein Mieter. Daß solche Forderungen eines Gemeindevorstandes den Hausbesitzern sehr willkommen sind und beim Fortdauern der Mietern über die Mietpreismiete hinaus diesen Fingerzeig zur Begründung benutzen, ist wohl einem jeden klar. Also Mieterchaft, aufsecht, es geht um Euren Reichthum, treibt intensiv und geschlossen in der Gemeinde die ungerichteten Forderungen, Ausbau, nicht nur der Mieterchaft, macht die mieterpolitischen Fragen der Gemeinde bekannt und schafft eine starke Mieterorganisation.

Noter Aufmarsch der Arbeiter in Adelsberg

Von unserem Arbeiterkorrespondenten.

In letzter Stunde, am Freitag den 16. August, hatte die kommunistische Stadtverordnetenfraktion in Uebereinstimmung mit den Sozialdemokraten eine dringliche Stadtverordnetenfraktion der Widerstände von Seiten des deutschnationalen u. a. Präsidiums erzwungen. Diese Sitzung befaßte sich ausschließlich mit dem zum Volksfest gestempelten Schützenfest und seinem Anhang. Kommunisten und Sozialdemokraten hatten den Antrag gestellt, die Begrüßung von Seiten der Stadt im Auftrag der städtischen Körperschaften und das Einziehen der Fahnen im Stadtverordnetenhaus zu unterlassen. Ein Antrag, der aus der Empörung über die Verhöhnung der Arbeiterchaft aus der Stimmung der Betriebe entstanden ist. Die Tribüne konnte die Juhörer nicht fassen und da die Fenster geöffnet waren, verholten die anderen den Gang der Verhandlungen auf der Straße. Eine fieberhafte Spannung und Erregung hatte sich der Arbeiterchaft bemächtigt und so mancher Spießbürger wurde sich bemüht, dem Juch der Arbeiterchaft zu wehren. Als Genosse Eise den Standpunkt der Arbeiterchaft klar und scharf zum Ausdruck brachte, war die Tribüne nicht mehr zu halten. Aktiv beteiligten sich die Juhörer an der Verhandlung und trotz aller Drohungen des Präsidiums, die Tribüne räumen zu lassen, wurde das Bild nicht anders. Und als er im Verlaufe seiner Rede erklärte, daß er hier nicht zur Beledigung der bürgerlichen Spießbürger rede, sondern daß es sich darum handelt, zu den Arbeitern zu sprechen und das Schützenfest nicht als Volksfest, sondern als einen nationalitätlichen Kummel erstklassiger Art zu entlarven. Als er im einzelnen den Nachweis dafür erbrachte und klarstellte, daß der Rat und Bürgermeister (Soz.) entweder als Karikatur der Väterlichkeit und Verhöhnung der Arbeiterchaft mitzumischen oder den Willen der Mehrheit der Adelsberger Arbeiterchaft zu respektieren haben, war es um die Ruhe der Bürgerhäuser vertrieben.

Ein Erlauchen des Führers des Jungdeutschen Odens (Volkschullehrer Kunze), um Zustellung eines Waffenscheines für drei Schießheften für einen Kleinkaliber-Schießverein in A. steigerte die Erregung zur Siedehitze. Im Verlaufe der Rede des Genossen Eise, welcher diesen Sch... feren die richtige Antwort gab und vom Rat verlangte, daß er dieses Geheiß ablehnt, auch wenn die Kreishauptmannschaft ertört, daß das gestattet werden müßte, mühten auf der Tribüne anwesende Stahlhelm- und Jungdeute stuchartig die Tribüne räumen. Diese und ähnliche Dinge, welche von unserem Genossen ins rechte Licht geleuchtet wurden, waren gerade noch notwendig, um den Arbeitern klar werden zu lassen, was es mit diesem bürgerlichen Kummel für eine Bewandnis hat und wo sie am Sonntag zu stehen haben.

Ein Aufmarsch, der zur Folge hatte, daß der erste Bürgermeister den Ehrenort im Auktionshaus niederlegte, die Begrüßung im Namen der städtischen Körperschaften oblagte und ganz Adelsberg in eine fieberhafte Spannung versetzte, die darin gipfelte, was wird kommen? Wird die Arbeiterchaft leben?

Wie voraus zu sehen war, schillerte A. in allen nationalitätlichen Farben, die Hausbesitzer und Geschäftsleute gingen mit offenem Hohn zur demonstrierenden Schmäderung ihrer Säuler über, zum höchsten Zeichen dafür, daß sie auf Arbeiterchaft keinen Wert legen. In Arbeitermieten und Arbeiterwohnungen ist es anders. Dort hat man anderes zu tun und voller Spannung erwartete man den Aufmarsch der Arbeiter. Und wie kam er? Am Sonnabend trat der erwartete, begehrte hegrüßte Rot-Front-Landvolk ein. Am Sonntag früh 6 Uhr stellt Rot-Front eine Abteilung zum Aufmarsch und Adelsberg weih, was los ist. Rot-Front durchzieht die Straßen der Stadt, kein Fahnen läßt sich sehen. Gegen 10 Uhr marschieren in militärgültiger, einbruchsvoller Weise die einzelnen auswärtigen Abteilungen in Adelsberg ein. Mit angetanen Mienen von den Spießknechten, mit Freude und Stolz von der gesamten Arbeiterchaft empfangen. Und wenn bis jetzt noch Zweifel bestanden, jetzt mußte jeder, daß Adelsberg einen Aufmarsch der Arbeiter erlebte, wie ihn keiner erwartete. 1.30 Uhr marschiert Rot-Front als geschlossen Formation zum Sammelplatz zum Stadtplatz der Demonstration. 1000 uniformierte Rot-Front marschieren unter den Klängen der Landvolk auf. Die Betriebe haben geteilt und von einer nach Tausenden zählenden Menschenmasse sturmisch begrüßt und alles mitreißend stellt Rot-Front als

Vertreter des Zusammenflusses die Spitze der Demonstration. Der Rot-Front marschieren die Kommunisten und Sozialistische Jugend unter gleicher Leitung und unter roten Fahnen auf. Hinter Rot-Front ziehen unter roten Partei- und Betriebsfahnen die Arbeiter und Arbeiterinnen in unabhänger Reihe. Das Reichsbanner als solches war nicht vertreten.

Zwei schwarz-rot-goldene Fahnen, die von einigen Auswärtigen mitgebracht worden waren, wurden eingebracht und unter roten Fahnen legte sich der Demonstrationstag mit Wälfen mit revolutionären Losungen.

gegen Krieg, gegen Zollwälfen, für Volkseinheit, gegen Justizwälfen, für internationale Gewerkschaftseinheit, für die rote Arbeiterfront,

in Bewegung. Die Spitze der Demonstration wurde eröffnet mit je einem Vertreter des Gewerkschaftsrates, Rot-Front, SPD und KPD. Durch die Haupttribüne über den Stadtplatz nach dem Versammlungsort Landhof bildete sich eine Kette von Menschen. Und es darf schon gesagt werden, daß den Arbeitern und niemand anderem die Sympathie dieser Juchauer gehörte. Gegen 1000-1500 Klassenkämpfer beteiligten sich an dieser Demonstration und nach dem Aufmarschieren auf dem Versammlungsort sprach

Genosse Hofmann, Berlin, vor noch mehr Juhörern über die gegenwärtige politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse. In eindringlicher Schilderung der Zustände, das Elend, die steuerliche Belastung der arbeitenden Bevölkerung.

Zurückgehend auf die Zeit von 1919, entwickelte sich die Annahme des Domesgutes, dessen logische Folgerung die neuen Zoll- und Steuererlässe sind, legte er klar, daß nur die Kommunistische Partei in scharfster Art und Weise gegen die Reaktion und diese kapitalistische Gesellschaft den Kampf aufgenommen hat, daß dafür 7000 der Besten in den Justizhöfen und Gefängnissen liegen, die Vertreter der Arbeiter aus den Parlamenten herausgeschmissen und die Stimme des Volkes erdrückt wird. Er schildert den Kampf des ganzen internationalen Kapitalismus gegen den einzigen Staat, in dem der Arbeiter die politische und wirtschaftliche Macht fest in den Händen haben, er zeigt die Gefahren der Kriegsheide, die alle kapitalistischen Länder geht und tust die Arbeiterchaft

den Kampf um die internationale Gewerkschaftseinheit, für den Zusammenfluß in der roten Arbeiterfront für das Bündnis mit Sowjetrußland, für den Kampf nicht gegen, sondern mit und für die Kommunisten gegen reaktionäre Beleidigung dieser kapitalistischen Gesellschaft

auf. Mit einem Hoch auf die rote Arbeiterfront, in welchem von dieser roten Einheitsfront-Kundgebung ergriffene Arbeiter begeistert einstimmt, schließt er seine Ausführungen. Unserem Genossen stellt Bedel (Soz.) in kurzen Worten die Veranlassung fest und fordert die Anwesenden auf, auf dem beschrittenen Wege des geeinten, dauernden weiterzufahren. Mit einem Lied des Gelangens wurde die Kundgebung geschlossen. Im Garten fanden dann allerhand proletarische Veranstaltungen, Führerliteratur usw. für jung und alt statt. Das wichtigste dabei sind wohl die Ausprägungen und Diskussionen der Arbeiter gewesen. Denn eine steht heute fest, was gemacht werden sollte, in Zukunft ohne oder gegen die Kommunisten in Aktion zu treten, der hat verloren und da wird keine Partei und Parteustrategie des ADGB und der SPD, etwas anderes darüber werden wir in einem anderen Artikel berichten. Zahlungen für Rot-Front und rote Hilfe, zu denen geringe Beiträge worden ist, wurden veranstaltet.

Die ganze Veranstaltung hat unbehindert durch Polizei und munterhafte proletarische Freizeittätigkeit einen glänzenden Verlauf bei der Adelsberger Bevölkerung hinterlassen. Aufsehen der Kommunisten ist es, den Erfolg dieser Kundgebung zu bewerten im Interesse der gesamten Arbeiterchaft. Der Adelsberger Aufmarsch sollte allen Arbeitern Gelegenheits eine Lehre sein, mit aller Kraft und aller Entschlossenheit sich einzusetzen, für die Bildung einer roten Einheitsfront im Kampfe gegen Reaktion und Klassenverderbung!

Freiberg

Unterbezirksstgung des UB. Freiberg

Am Sonntag den 16. August fand in Freiberg eine UB. Konferenz der APD. statt. Genosse Bittwald-Dresden referierte über die politische Lage und unsere Aufgaben. Seine Ausführungen fanden in der sehr regen Diskussion lebhaften Widerhall. Alle Redner betonten die besonders wichtige Aufgabe der Gewerkschaftsarbeit für jeden Parteigenossen. Die Genossen des Freiberg-Unterbezirks sind einstimmig der Auffassung, daß uns der 10. Parteitag eine feste und klare Linie gegeben hat, auf der wir, gegen unlerer leninistischen Auffassung, arbeiten können. Besonders betont wird die Frage der Arbeiterdelegation nach Rußland. Wir müssen mit aller Macht an diese Arbeit herangehen und in allen Gewerkschaften und Betrieben verlangen, daß der Frander Kollege, der mit nach Rußland geschickt ist, Bericht erstattet. Wir müssen der Augenheke der Sozialdemokratie gegen Rußland besonders scharf entgegen treten.

Die besonderen organisatorischen Schwierigkeiten im UB. Freiberg werden anerkannt, doch man distanzierte ausführlich über diese Frage, und in Zukunft wird man auch diese Schwierigkeiten zu beseitigen müssen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die APD, Unterbezirk Freiberg, verpflichtet sich durch genossenschaftliches Zusammenarbeiten aller Genossen, die vom 10. Parteitag gestellten Aufgaben zu erfüllen. Wir haben die Kraft, uns zu erweitern und zu konsolidieren, und den festen Willen, revolutionäre Arbeit zu leisten. Gegen den Damesplan! Gegen die geschlossene Front der Imperialisten! Gegen die Kommunisten! Für den revolutionären Kampf aller Werktätigen! Für die Einheit der Gewerkschaften! Für das Bündnis mit Sowjetrußland.“

Die UB.-Tagung war alles in allem ein Gewinn für die Bewegung, berechtigt vom festen Willen zur unermüdbaren Arbeit für die Revolution.

Löbau

Verfassungsfeier in Löbau

(Von Arbeiterkorrespondenten R. A.)

Unter großem Tumult fand sich auch in Löbau ein kleiner Teil verfassungstreuer Männlein und Weiblein unter Witwung der Reichswehrkapelle und im Beisein einiger Oberlohnisten des hiesigen Ausbildungsbataillons zu einer Verfassungsfeier zusammen. Eingeleitet wurde dieselbe durch ein paar Konventionelle der oben genannten Kapelle. Die Feiertrede hatte Kapitänleutnant Dr. Ulrich, Löbau, übernommen, welcher in seiner Rede die deutsche Verfassung sowie die Fahne schwarz-rot-gold als das offiziellgemachte Prinzip für alle Volkswirtschaften preis, das aber behauerlicherweise nicht von allen Bevölkerungsteilen als solches anerkannt wurde. Zur Beruhigung

der schwarz-weiß-rotten Soldaten stellte er fest, daß es nicht mehr liege, daß die schwarz-rot-goldene die schwarz-weiß-rote Fahne verdrängen habe, sondern richtig liege:

Die rote Fahne habe 1918 die schwarz-weiß-rote und schwarz-rot-gold habe dann die rote Fahne verdrängt.

Nach dieser verfassungstreuen Rede spielte die Kapelle ein Deutschlandlied, welches von allen anwesenden (außer den Staatsverordneten Richter und Genossen der SPD), welche mit dem Verfaller dieses Berichtes den Saal verlassen) mit gesungen wurde.

Aus den Gewerkschaften

Die Zimmerer der Zahlstelle Dresden lehnen den Schiedspruch für das Baugewerbe ab

Am Montag den 17. August fand nachmittags eine Versammlung der kreisförmigen Zimmerer im Volkshaus statt. Nachdem man den Bericht über den gefällten Schiedspruch entgegen genommen hatte, sprachen sich die Zimmerer einstimmig für die Weiterführung des Kampfes und für Berichtigung des Schiedspruchs aus. Der Schiedspruch wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt und damit die Fortführung des Streiks beschlossen.

Die Bauarbeiter der Oberlausitz für Fortführung des Kampfes

Die Bauarbeiter der Aitiale Lokau nahmen am 17. den Bericht des Bezirksvorstandes über den gefällten Schiedspruch entgegen. In der am 17. statt findenden Debatte war zu erkennen, daß die Kampfführung unter den Bauarbeitern außerordentlich gut ist. Bei der Abstimmung über den Schiedspruch, die in geheimer Abstimmung vorgenommen wurde, ergab sich folgendes Resultat: Gegen den Schiedspruch 187, für den Schiedspruch 8, ungültig 1. Die Abstimmungen wurden für Bauarbeiter und Hilfsarbeiter getrennt vorgenommen. Die Versammlung nahm folgende Resolutionen gegen die Stimme des in der Aitiale Angestellten Seidl und gegen 3 andere Stimmen an.

1. Die am 15. August tagende Streikerversammlung fordert vom Bundesauswahs unbedingte Abziehung des Schiedspruchs und sofortige Fortsetzung des Kampfes. Die Versammlung fordert vom Baugewerbeverband bei einer evtl. Verbindlichkeitserklärung durch den Reichsrichter die entsprechende Fortführung des Kampfes.

2. Die am Sonnabend, den 15. August, verammelten Bauarbeiter und Bauarbeiter erwarten vom Bundesvorstand und dem Reichrat die sofortige Wiederannahme des Verbandes der ausgetretenen Bauarbeiter, damit die Fortführung des Kampfes einheitlich und breiter möglich und die gewerkschaftliche Einheit bereichert wird.

Die erste Etappe im Amnestiekampf

Am 12. August hat der Reichstag in aller Eile das Amnestiegesetz nach der Vorlage des Rechtsausschusses angenommen. Nach dieser Vorlage werden einige hundert Arbeiter bis zu 3 Jahren früher ihre Gefängnis- und Zuchthausstrafen verlassen. Die Zuchthausangelegenheiten sind von dieser Amnestie ausgeschlossen worden, sie müssen ihre zweijährige lange Strafdauer bis zum letzten Tag abtun.

Obwohl die Verhandlungen über die Amnestievorlage mehrere Monate dauerten, haben sich doch in der letzten Sitzung des Reichstages die Sozialdemokraten und Demokraten entschlossen, für die Forderung der Amnestie, für die kommunistischen Anträge zu stimmen. Es ist kein Zweifel, wären die deutschen freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei sofort nach der Hindenburgwahl für die Vollamnestie der politischen Gefangenen eingetreten, hätten sie die Kampagne der Amnestie mit größter Energie unterstützt, dann wäre aus der verurteilten Amnestievorlage eine wirkliche Amnestie geworden. Die Wucht der Millionen Unterschriften, die gegen den Willen der SPD und der Gewerkschaften von der Amnestie gesammelt worden sind, zwang die Führer der SPD, in der letzten Minute, sich für diese Willensäußerung einer Million Arbeiter und Arbeiterinnen einzulassen. Hätte die SPD ihre Mitglieder nicht durch Rundschreiben, Aufrufe und Zeitungsartikel an der Beteiligung der Unterschriftenammlung verhindert, so wäre die eine Million auf mehrere Millionen Unterschriften angewachsen. Der kommunistische Redner im Reichstag hat ablosiert, wenn er den Sozialdemokraten und den Gewerkschaftsführern daraus einen Vorwurf macht, daß sie Hemmnisse der Amnestiekampagne gewesen sind.

Wenn also die Zuchthausgefangenen noch hinter Kerkermauern bleiben müßten, wenn die in den Gefängnissen und Zuchthäusern schmachenden Klassenkämpfer nicht vollständig befreit sind, so tragen natürlich die Lutherregierung und die Reichstagsmehrheit im Einklang mit dem Zentrum die Hauptschuld. Aber auch Gewerkschaften und Sozialdemokraten sind von der Schuld nicht freizusprechen.

Wenn jetzt die Reichstagsfraktion der SPD für den größten Teil der kommunistischen Anträge gestimmt hat, so müssen die sozialdemokratischen Arbeiter und die Mitglieder der freien Gewerkschaften daraus den Schluß ziehen, daß mit ihrer ganzen Kraft für die Fortleitung der Amnestiekampagne auf der Grundlage der Forderungen der Amnestie einzutreten.

In den nächsten Wochen gilt es, die Amnestien der Landesregierungen durch den Aufmarsch der proletarischen Massen für die politischen Gefangenen besser zu gestalten. Das Reichsamnestiegesetz gilt für die Länder als Mindestmaß der Amnestierung. Eine weitgehendere Amnestierung ist keine Grenze gesetzt. Den Regierungen und Parlamenten darf es die Arbeiterbewegung nicht allein überlassen, die Amnestie zu realisieren. Darum muß der Druck des organisierten Proletariats fortgesetzt werden; die Unterschriftenammlung muß in erhöhtem Maße weiter stattfinden, Versammlungen, Kartelle, Gewerkschaften, Gewerkschaften müssen weitere Entschlüsse fassen, die die Vollamnestie aller politischen Gefangenen fordern.

Die Verzögerung durch die Ferien der Landesparlamente darf die Unterschriftenammlung nicht lähmend beeinflussen. Im Gegenteil! Sind bis zum Zusammentritt des Landesparlamentes noch einige Wochen Zeit, so muß sich dahin eine wesentliche Erhöhung der bereits in den Ländern gesammelten Unterschriften einstellen.

Die Reichsamnestie muß die Arbeiterschaft als eine Abloschlagung betrachten. Eigentlich ist sie von den herrschenden Parteien nur gewährt, um die Vollamnestie der Ehrhardt und Konraden zu verhüten. Ginge es nach der Meinung der Hindenburgpartei, dann würde nicht ein einziger Arbeiter von ihnen über ihn verhängten Strafe auch nur einen Tag früher das „Licht der Freiheit“ erblicken.

Die Rechtsparteien glauben, daß damit die letzte Amnestie erreicht worden ist. Da nun keine Verbrechen gegen die Republik mehr verfolgt werden oder in Haft sitzen, glauben sie, künftig auf jede Amnestie verzichten zu können. Das Gesicht der kapitalistischen Republik ist damit völlig einseitig und klar.

Die Klassenjustiz richtet sich dann nur noch gegen die Arbeiter. Künftig wird kein Rechtsputz mehr durchgeführt werden, auch nicht formell zu einer kleinen Haftstrafe. Dagegen werden noch höhere Zuchthausstrafen gegen die Arbeiter verhängt werden. Man wird noch brutaler gegen die proletarischen Klassenkämpfer vorgehen.

Darum muß die gesamte Arbeiterschaft den Kampf fortsetzen. Den großen breiten Massen der deutschen Arbeiterschaft muß das Gesicht des Klassenstaates durch politische Aufklärung gezeigt werden. Das Wüten der Klassenjustiz muß dauernd dem Proletariat vor Augen geführt werden. Die einzige Hilfeorganisation für die in die Klauen der weißen Justiz Geratenen, die rote Hilfe Deutschlands, muß ausgebaut werden. Die Will-

ten Arbeiter, die ihre Unterschriften für die Vollamnestie gegeben haben, müßten für den Beitritt zur roten Hilfe gewonnen werden. Der Ruf nach Vollamnestie darf nicht verkümmern. Durch den Willensakt des deutschen Proletariats muß die Lutherregierung, mühen die Hindenburgpartei gezwungen werden, den besten Kämpfern der Arbeiterschaft, die hinter Kerkermauern schmachten, endlich die Freiheit wiederzugeben.

Die Lehren des „roten Freitag“

Unsere Pflicht ist es, die Interessen unserer eigenen Klasse zu wahren. Betrachten wir den Einfluß unserer Haltung auf die Arbeiter der anderen Länder, so müssen wir feststellen, daß diese die Arbeiter aller Länder, vornehmlich die in Frankreich, Deutschland und Belgien organisiert hat, sich einer Verleumdung ihrer Lebenslage zu widersetzen. Wir haben zur Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter dadurch mehr beigetragen, als je irgendeine Parliamentsvorlage. Das ist das Wesen unseres Ideals von der internationalen Einheit der Arbeiter. Mit diesen selbstbewußten Worten der englische Gewerkschaftsführer Purcell im englischen Unterhaus die Bilanz der ersten Etappe des englischen Bergarbeiterkampfes. Und er hatte das volle Recht, so zu sprechen. Diese erste Etappe des Kampfes endete mit einem Waffenstillstand, mit einer Herausforderung des eigentlichen Kampfes, aber schon dieser Waffenstillstand bedeutet eine Niederlage der englischen Bourgeoisie, einen Rückzug der sozialdemokratisch-faschistischen Baldwin-Regierung vor der Macht der englischen Arbeiterschaft. Die Tatsachen sind genügend bekannt: Die englischen Bergarbeiter forderten eine Verlängerung der Arbeitszeit und Kürzung der Löhne. Darauf antworteten die englischen Kampfs unter Führung ihres ehrlichen Sekretärs Coal mit einem einmütigen Nein! Gewirgt durch die Erfahrungen der Vergangenheit, mußten ober die Kampfs, daß sie allein geschlagen werden. Dazu war die Forderung der Bergarbeiter nur der Auftakt einer Generaloffensive auf alle Arbeiterkategorien. Es wurde die Sache der Bergarbeiter zur Sache der gesamten englischen Arbeiterschaft. Monatelang wurde über das notwendige Kampfbündnis der Gewerkschaften verhandelt. Die Arbeiter aller Länder hörten auf: wird es wieder zu einem „schwarzen Freitag“ kommen, wie 1921, wo die reformistischen Gewerkschaftsführer die Bergarbeiter im letzten Augenblick verraten, das Kampfbündnis brachen und die Bourgeoisie triumphierten ließen? Oft schien es, als wäre es wieder so. Die reformistischen Gewerkschaftsführer sahen alles daran, um das Kampfbündnis zu hinterreiben. Sie eröffneten in Versammlungen und in der bürgerlichen Presse eine Verleumdungskampagne gegen die linken, klassentreuen Gewerkschaftsführer, verletzten diese, insbesondere den Bergarbeiterführer Coof herabzusetzen, lächerlich zu machen und das Vertrauen der Arbeiter zur eigenen Kraft zu zerstören. Diesmal sollte es aber anders kommen. Zwischen dem „schwarzen Freitag“ von 1921 und dem August 1925, wo die englischen Arbeiter ihren „roten Freitag“ erleben konnten, liegt eine Etappe der Entwicklung der englischen Arbeiterbewegung, die den Einfluß der sozialdemokratischen Saboteure auf ein Minimum reduziert hat. Zwischen den beiden Zeitpunkten liegen die Erfahrungen über die Tätigkeit der sozialdemokratischen MacDonald-Regierung, die Verschärfung der faschistischen Arie, liegt eine zwingend nötige Kapitalisierung der gesamten englischen Arbeiterschaft, die ihren Ausdruck fand in ihrem Kampf für Sowjetrußland, gegen die sozialdemokratischen Hehler, in dem Kampf nach der internationalen Gewerkschaftseinheit, im Zusammenschluß mit den russischen Gewerkschaften, in der Entsendung einer Gewerkschaftsdelegation nach der Sowjetunion. Es wäre fahrlässig zu glauben, daß das alles geschehen ist, weil viele englischen Gewerkschaftsführer christliche Kerle sind. Gewiß können sie mit den Saboteuren des I.D.G. nicht vergleichen werden. Gewiß sind sie hehr, aus der geschilderten Situation zu lernen, die Klassenkampfmethoden ernsthaft zu studieren, die Lehren Marx' und Lenins in sich aufzunehmen. Die treibende Kraft der Kapitalisierung, die diese Männer an die Spitze großer Verbände brachte, waren die wirtschaftlichen Verhältnisse, aus denen die kommunistische Partei und die mit ihr sympathisierende linke Gewerkschaftsopposition die Lehren zog und diese Lehren in die Massen eintrug. Keiner anderen Sektion der kommunistischen Internationale ist es gelungen, im Verhältnis zu ihrer zahlenmäßigen Stärke so tief in die Massen zu bringen, wie unseren englischen Genossen.

Am „roten Freitag“, an dem der Kampf der Bergarbeiter entbrennen sollte, erklärten im „Daily Herald“ das demütigende Dokument, auf das die Arbeiter aller Länder mit Recht stolz sind: es war ein Beschluß des gesamten Gewerkschaftsrates an die gesamte Arbeiterschaft über die Unterstützungsmassnahmen, die den Bergarbeitern zu gewähren sind. Es las sich fast wie eine Revolutionsproklamation: „Es ist die kleinste Details war der „Kriegsplan“ ausgearbeitet: Eisenbahner, Schiffer, Doharbeiter, Transportarbeiter, alle erhielten die genauesten Weisungen, wie sie durch Arbeitsverweigerung die kreisenden Bergarbeiter zu unterstützen haben. Vor dieser Proklamation knappte die Bourgeoisie zusammen. Sie wußte, daß es sich um die Willensäußerung der Gesamtarbeiterschaft handelt, daß die englischen Ar-

beiter diesen Beschluß bis aufs Äußerste befolgen würden. Die bei den Massenstillstand an. Schon die Reaktion mit der einseitigen Kraft anderer Klasse genügt, um die „roten Freitag“ zu verhindern. Jetzt basierte die englische Arbeiterschaft für die Kampfe nach diesem unermesslichen „Waffenstillstand“ vor. Die Bewegung hängt wieder daran, wie weit es gelangt wird die sozialdemokratischen Saboteure vollständig zu überwinden. Dieser Freitag ist im Gange: als ich die Daily Worker besuchte, nach dem „roten Freitag“ in London veröffentlichte öffentlich angeregt, ging ein Entscheidungsbüro durch die englische Arbeiterschaft, Herr MacDonald erhielt Censuren, die er schweigend und kammern einsehen mußte. Die Exekutive der Labour Party weichte sich unter dem Druck der Massen schenkte, eine Kompromißerklärung für die erfolgreichen Gewerkschaften zu veröffentlichen und Herrn MacDonald zu desavouieren. MacDonald selber kamme tausend Entschuldigungen und Iabelle von „Mißverständnissen“. Wir können schon diese Mißverständnisse...

Statt weiter bei der Schilderung der Lage in England zu verweilen, ist es nun für uns deutsche Arbeiter das nützlichste, aus diesen Ereignissen die jetzt einfließen und einbringenden, aber um so bedeutsameren Lehren zu ziehen und sie jedem deutschen Werktätigen einzubläuen:

1. Das englische Beispiel beweist, daß es wohl möglich ist, die freien Gewerkschaften zu wirklichen Klassenkampforganen der Arbeiterschaft zu machen. Dazu ist aber ständige Aufklärungsarbeit jedes Kommunisten und jedes klassenbewußten Arbeiters innerhalb dieser Verbände notwendig. Dazu ist nötig, daß jeder Arbeiter in die freien Gewerkschaften gedrängt wird.

2. Das englische Beispiel lehrt, welche Macht in der Einheit der Arbeiterschaft liegt. Es lehrt, daß die außerparlamentarischen Aktionen, wirkliche Kampfmaßnahmen der einzelnen Gewerkschaften die Bourgeoisie zum Rückzug zwingen können. Es lehrt die tatsächliche Saumigkeit der deutschen Gewerkschaften im Kampf gegen den Zoll- und Steuerwucher ins richtige Licht. Die Kommunisten fordern vom I.D.G. seit Monaten bereits das, was die englischen Gewerkschaften verwirklicht haben; die Organisierung der einzelnen Arbeiterschaft zum außerparlamentarischen Kampf mit allen gewerkschaftlichen Mitteln. Nach dem englischen Beispiel wird kein deutscher Arbeiter liegen können, daß das nicht möglich aber nicht erfolgversprechend ist.

Purcell hat recht: das Beispiel der englischen Arbeiter wirkt aufmunternd auf die deutschen Lohnknechte, sie haben neuen Mut, ein gestärktes Bewußtsein ihrer Kraft bekommen.

Es gilt, dieses gestärkte Selbstbewußtsein den Gewerkschaftsleitungen aufzubringen; die Lage in Deutschland, der Zoll- und Steuerwucher, die Inflation der Lutherregierung haben eine Kampfsituation, von der jeder Arbeiter spürt, daß sie an Schärfe der englischen nicht zurückbleibt.

Der Streit ums Grenzgebiet

Der „Manchester Guardian“ zitiert aus dem Bericht der Kommission, daß vom Gesichtspunkte des Rechtes aus das strittige Gebiet als ein unanfechtbarer Teil der Türkei betrachtet werden muß. So lange die Türkei selber nicht auf dieses ihr Recht verzichtet...

Aber — englische Imperialistenlogik! — die Türkei hat schon auf dies Recht verzichtet, weil sie mit England zusammen sich verpflichtet, das Abkommen von Lausanne anzuerkennen. Welches Abkommen aber durchaus die Rechte der Türkei wahrte!

Wenn im September die Forderung vor dem Völkerbundrat komme, so werde dieser vor allem England fragen, ob es „geachtet“ sei, noch auf 20 oder 25 Jahre ein weiteres Mandat über das Irak zu übernehmen und zu garantieren für eine „vernünftige“ Regierung und den Schutz der Kurden sowohl als der christlichen Minderheiten.

Mit dem erweiterten Gesicht verzichtet dann der „M. G.“, er habe „nicht den geringsten Zweifel“, daß die englische Regierung bereit sein werde, ein solches „Mandat“ auf 25 Jahre zu übernehmen.

Die schamlose Gemeinheit des englischen Imperialisten, die einen ganz gewöhnlichen Raub dieser Grenzgebiete wieder einmal mit dem bekannten „Schutz der christlichen Minderheiten“ hemmeln und noch ihre Gunerei vom heiligen Völkerbund sanktionieren lassen — sie lassen sich sogar noch bitten, „zugreifen!“ — erhält ihr richtiges Licht erst, wenn man sich erinnert, daß England im Irak- u. Mosulgebiet die Eingeborenen mit Flugzeugen terrorisiert. Flehen einige Dörfer mit den Steuern im Rückstand, so werden einfach Bombenflugzeuge eingesetzt, um die Dörfer einzuschern und die „Rebellen“ mit giftigen Gasbomben zur „Einkunft“ zu bringen. Die Lasten wurden jüngst sogar im englischen Parlament zugegeben.

China, Marokko, Syrien, Palästina, Persien, Indien — überall sind die Rechte des „Völkerbundes“ die nämlichen, Reihenden des unverschämten, gänzlich Raubes und der Vergewaltigung der kleinen Völker.

Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden. — Druck: „Peussel“ Filiale Dresden. — Verantw. Red.: Rudolf Renner, Dresden.

DER SUMPF

Roman von Upton Sinclair
Neubearbeitung

„Unterstützte Übertragung aus dem von Upton Sinclair bearbeiteten amerikanischen Romanroman von Permyria zur Mählen, Copyright by „Der Weltkämpfer“ 1924. Alle Rechte vorbehalten, die des Nachdruckes und der Übersetzung vorbehalten.“

(66. Fortsetzung)

„Stanislawas ist tot?“
„Ja, freilich, das weißt du noch nicht. Die Ratten haben ihn getötet.“
„Ratten?“

„Ja“, Marzja schnürte beim Sprechen die Stiefel. „Er arbeitete in einer Petroleumraffinerie, das heißt, er mußte für die Arbeiter das Bier holen. Er gewöhnte sich an, aus jeder Kanne etwas zu trinken. Einmal trank er zwei, schließlich in einem Winkel ein, und die Leute schlossen ihn die ganze Nacht über ein. Als er am nächsten Morgen gefunden wurde, hatten ihn die Ratten getötet und fast ganz aufgefressen.“

Jurgis verharzte stumm vor Entsetzen. Marzja schnürte ruhig ihre Stiefel weiter. Ein großer Polizist erschien an der Tür.

„Schneller!“ sagte er.
„Ich eile mich, so sehr ich kann“, erwiderte Marzja.
„Leben die anderen noch?“ fragte Jurgis.

„Ja, sie wohnen nicht weit von hier. Jetzt geht es ihnen ganz gut. Elzbieta arbeitet, wenn sie mobil genug ist. Ich kann sie alle erhalten, habe jetzt immer Geld.“
Jurgis schweig eine Weile, fragte dann: „Wissen sie, daß du... daß du...“

„Elzbieta weiß es, sie konnte ich nicht belügen. Vielleicht haben es die Kinder jetzt auch schon erfahren. Weshalb sollte ich mich schämen, — wir können eben nicht anders.“

„Und Tamosjus?“
Marzja zuckte die Schultern. „Was weiß denn ich? Ich habe ihn seit einem Jahr nicht gesehen. — Er bekam eine

Blutergiftung, verlor einen Finger, konnte nicht mehr Geige spielen. Zog dann fort.“

Marzja stand vor dem Spiegel und schloß ihr Kleid. Jurgis betrachtete sie stumm; er verneigte kaum zu glauben, dies sei die gleiche Frau, die er in den alten Tagen gekannt hatte; sie war so ruhig geworden, so hart; schier erschreckte sie ihn. Sie war ihm einen reichen Blick zu. „Dir scheint es auch nicht sehr gut gegangen zu sein.“

„Nein. Eben habe ich keinen Cent in der Tasche und bin arbeitslos.“ Er zögerte. „Vielleicht findest du es recht gemein von mir, fortzulaufen, Marzja.“

„Nein, ich tadle dich nicht, keiner von uns ist dir böse. Du hastest dein Möglichstes getan, aber es war zu schwer... wir waren allzu unwillig, daran lag es. Hätte ich damals gewußt, was ich heute weiß, dann wäre es mit uns nie so weit gekommen.“

„Du wärest in ein solches Haus gegangen?“
„Ja, aber nicht nur das, auch du hättest dich anders verhalten — damals, mit Ona. Wenn Menschen am Hungern sind, so müssen sie alles verkaufen, wofür sie Geld erhalten können. Jetzt, wo es zu spät ist, sieht wohl auch du es ein; Ona hätte für uns alle sorgen können.“

Der Polizist mahnte abermals zur Eile. Marzja legte einen tiefen Federhut auf und begab sich, von Jurgis gefolgt, in die Halle.

„Sis auf die Dienstboten wurden alle verhaftet, und Jurgis verbrachte wieder einmal eine Nacht in der Polizeizelle.“

Er verflocht sich in eine Ecke, gab sich völlig seinen Gedanken hin. Jurgis hatte bereits in die tiefsten Abgründe des Lebens geschaut und sich an den Anblick gewöhnt, wenn es jedoch die ganze Menschheit als etwas Abscheuliches und Schreckliches sah, so hatte er doch immer irgendwie keine Familie ausgenommen, weil er sie liebte — und nun hatte er diese fürchterliche Entdeckung machen müssen: Marzja ist eine Hure, und Elzbieta und die Kinder leben von Marzjas Schande. Er war zutiefst erschüttert, alte, tolgewohnte Erinnerungen erwachten in ihm, Erinnerungen an das alte Leben, an tote Hoffnungen und Sehnsüchte, an Träume von Unabhängigkeit

und einem anständigen Dasein. Er sah Ona vor sich, hörte ihre weiche Stimme, sah den kleinen Antanas, den er zu einem Mann hatte erziehen wollen, sah den stierbenden alten Vater, der ihnen allen Segen seiner wunderbaren Liebe geschenkt hatte. Und Stanislawas und dessen fürchterlicher Tod. Der arme kleine Bursche mit den unfreudigen Zingern, der Todesangst vor dem Schnee; Jurgis verneigte im Dunkeln seine kammende, stehende Stimme zu hören. Entsetzungserschüttert sah er vor sich den kleinen Stanislawas, eingeschlossen in der Finsternis, mit den Ratten um sein Leben kämpfend. Seit langem waren derartige Gefühle Jurgis' Seele fremd geworden; was nützte sie ihm, weshalb gestattete er ihnen, ihn abermals zu quälen? Aber sie hatten ihn unerwartet überfallen, ebe er sich gegen sie verteidigen konnte. Er hörte die alten Stimmen, sah die alten Geister seiner Seele nach ihm die Arme ausstrecken. Doch waren sie fern und schattenhaft, und zwischen ihm und ihnen lag ein unüberbrückbarer Abgrund; am Morgen werden sie verblasst, entwandern. Ihre Stimmen werden auf ewig verkrummen — und so wird in seiner Seele auch der letzte blaue Funken Menschlichkeit erlöschen.

Achtundzwanzigtes Kapitel

Zu seiner großen Erleichterung wurde Jurgis am Morgen mit einer Ermahnung freigelassen und ging mit Marzja heim. Die Polizei hatte das Haus geräumt, so hatten sich bereits wieder Gäste eingefunden, bis zum Abend würde der alte Betrieb abermals aufgenommen sein, als ob nichts gewesen wäre. Marzja führte Jurgis in ihr Zimmer, und sie plauderten miteinander. Nun im hellen Tageslicht, konnte Jurgis sehen, daß Marzjas Wangen unter der Schminke gelblich weiß waren und unter ihren Augen tiefe, schwarze Ringe lagen.

„Warst du krank?“ fragte er.
„Krank? Teufel, wie kann ich bei diesem Leben anders als krank sein?“ Sie schweig eine Augenblicke, sah dann fort: „Es ist das Morphin, ich nehme jeden Tag mehr.“

(Fortsetzung folgt)

KPD Versammlungs-Kalender

An die Ortsgruppenleitungen!
Genossen und Genossinnen! Habt ihr schon die Ver-
sammlungen geplant? Sagt das, das sofort abgerechnet
wird.
Bezirksleitung.

**Bezirksleitung des 18. Parteitagess der KPD. Habt im
Verbande erschienen. Punkt 10 Uhr. Jeder Genosse muß im
Wahlverzeichnis sein. Die Ortsgruppenleitungen haben sofort
die für die in Frage kommenden Zahl der Delegierten zu stellen.**

Bericht vom Reichsparteitag

Wittmoach den 18. August
Wittmoach, U.S. Gewerkschaftshaus 7.30 Uhr. Ref.: W. Schneider.
Sonabend, den 5. September 1925:

Kongressabend abends 7 Uhr im „Ruhbaum“; U.S.-Mitglieder-
versammlung.

Sonntag, den 6. September 1925:
Ebersbach vorm. 9.30 Uhr in „Stadt Leipzig“; U.S.-Mitglieder-
versammlung.

Freitag, den 11. September 1925:
Witten abends 8 Uhr in der „Lohnhalle“; U.S.-Mitglieder-
versammlung.

Sonntag, den 13. September 1925:
Dachau vorm. 10 Uhr im „Grünen Baum“; U.S.-Mitglieder-
versammlung.

Bezirksleitung, Donnerstag, 20. August, findet abends
7.30 Uhr B.-R. Part. Sitzungsfest zu ertragen Parteibureau,
Lafobgasse 13. Alle Genossen haben zu erscheinen, da wichtige
Angelegenheiten auf der Tagesordnung: Jenseitigkeit. Referent: Vertreter
der 3. Bezirksleitung Ostthüringen.

Jugendtag des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands
Bezirk Ostthüringen
am 5. und 6. September 1925 in Witten.

Alle Teilnehmer, die am Sonnabend, den 5. September, mit
dem Dampfer nachfahren, haben sofort die Teilnahmebescheinigung
die Dampferfahrt auf dem Sekretariat in der Zeit von 5-7 Uhr
abends, zum Preise von 2.20 M., abzuholen. Genossen! Am
Sonnabend muß die erste Geländereise im Höhe von 200 M. im
Raum liegen. Wenn nicht alles Geld umgehend an den Bezirk
eingeliefert wird, und zwar noch rechtzeitig vor der Dampferfahrt,
ist die ganze Fahrt in Frage gestellt.

Die Bezirksleitung, Abt. Kasse.

U.S. Dresden

KPD, Dresden. Alle Genossen treffen sich am Mittwoch,
den 19. August, abends 8 Uhr im Sekretariat, Lafobgasse, zu
einer Besprechung.

Jugendgruppe 2 Zentrum. Freitag, den 21. August, abends
7.30 Uhr, Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.
Kafé Restaurant Döner, Freiburger Straße, gegenüber dem
Postamt.

Jugendgruppe Dresden Zentrum 3. Freitag, den 21. August,
abends 7.30 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung in der
„Sächsischen Krone“, Neumarkt. Referat: Die Organisationsfragen
auf dem Reichsparteitag. Genosse G. H. E. spricht.

Jugendgruppe Ostthür. Freitag, den 21. August, abends
7.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Rest. zur „guten Quelle“,
Frankenberger, Ecke Kellnerstr. Ausgabe der Mitglieds-
bücher und wichtiger Referat. Es haben alle Genossen zu er-
scheinen.

Funktionärprüfung Stadtgebiet Neustadt-Ost am Mittwoch,
den 19. August, abends 7.30 Uhr im Restaurant „Goldbrunnen“.
Erscheinen aller Funktionäre Pflicht!

District Neustadt-West. Jugendgruppen Treffen, Trach-
berge, Witten, Radib, Witten. Sonnabend, den 22. August,
abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung. Tagesordnung:
Referat über Parteitag. Treffpunkt Hubertusplatz 7.15 Uhr.

U.S. Politz. Donnerstag, den 20. August, nicht Freitags,
bei Gen. Fernhardt: Wichtige Funktionärprüfung.

Arbeitsrat Dresden und Umgebung. Mittwoch, den
19. August, abends 7.30 Uhr, U.S.-Frauenversammlung im Gast-
hof Dobritz. Leitungsfelder und sympathisierende Frauen sind
dazu eingeladen.

Jugend-Sozialklub. Sonntag, 23. August, vorm. 9 Uhr,
findet im Reichswahl-Schule an der Aus. eine U.S.-Konferenz des
NSB. statt. Es treffen sich die Gruppen Freital, Ostritz, Mid-

ten, Ostritz, O.S.-West und Neustadt 8.15 Uhr am „Goldenen
Kreuz“, Adolphstraße. Ferner laden wir zu dieser Konferenz ein:
Jugendsozialklub, Ostritz, kommunistische Arbeiter und Partei-
bezirke.
U.S. des NSB.

U.S. Freital

Unterbezirk Freital. Mittwoch, den 19. August, abends 7 Uhr
im Sitzungssaal Rathaus Freital: Unterbezirks-Mitglieder-
versammlung. Bericht vom Parteitag. Referent Gen. Kühner.
Kollektives Erscheinen aller Mitglieder der Ortsgruppen ist
Pflicht.
Die U.S.-Leitung.

U.S. Pirna

Abteilung!
Gewerkschaften-Konferenz!
Unterbezirk Pirna. Sonntag, den 20. August, vormittags
9 Uhr, im „Volkshaus“, Pirna.

Arbeitsgebiet Witten. Sonntag, den 23. August, vormittags
9 Uhr im „Reifenfelder“, Witten.

Arbeitsgebiet Seibitz. Sonnabend, den 22. August, abends
7 Uhr, „Reichstrasse“, Seibitz.

Jede Fraktion muß vertreten sein. Unterbezirks- und Orts-
gruppenleitung haben daran teilzunehmen.

U.S. Freiberg

K.P. Freiberg. Am Freitag, 21. August, findet laut Arbeits-
plan eine Jugendversammlung statt. Beginn pünktlich abends
8 Uhr in der „Lokomotive“. Erscheinen aller Jugendgenossen
ist unbedingt Pflicht.

U.S. Saigau

Saigau. Freitag, 21. August, abends 7.30 Uhr im Gewer-
kschaftshaus Mitgliederversammlung. Pünktlich erscheinen. Sach-
mitbringen.

U.S. Ebersbach

Ortsgruppe Ebersbach. Sonnabend, den 22. August, abends
8 Uhr, „Stadt Leipzig“ Mitgliederversammlung. Tagesord-
nung: 1. Bericht vom Parteitag, Referent D. H. H. H. H., Dele-
gierter auf dem Parteitag; 2. Unsere Jugendgruppen und deren
Aufbau; 3. Parteitageangelegenheiten; 4. Allgemeines.

U.S. Jittau

U.S. Jittau. Sonntag, den 23. August, vorm. 9 Uhr, findet
in der Restauration zu Wandau (Obersdorfer Straße) eine
wichtige U.S.-Konferenz statt. Punkt 8 Uhr eine Sitzung der
U.S.-Leitung, daran haben teilzunehmen alle Vorsitzenden der
Ortsgruppen. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag (Ref.
H. H. H.); 2. Bericht der Ortsgruppen über Mitgliederstand, Bei-
tragsabrechnung, Zeitung und Literatur; 3. Referat über Jit-
tampfer der KPD, im Reichstag und seine Auswirkung (Ref.
F. H. H., Dresden); 4. Kommunistisches; 5. Aufhebung des
Arbeitsplanes für Monat September; 6. Allgemeines. Ge-
nossen und Genossinnen, an der U.S.-Konferenz müssen alle
Ortsgruppen zahlreich vertreten sein, jeder Ortsgruppen-Vor-
sitzende ist verpflichtet, durch besondere Einladung in der Gruppe
unter Angabe des Abmarsches oder Abfahrts noch besonders auf
die U.S.-Konferenz aufmerksam zu machen. Eine besondere Ein-
ladung geht den Ortsgruppen durch die U.S.-Leitung nicht zu.
U.S.

Gewerkschaftliches

KPD-Holzarbeiter Dresden. Donnerstag, den 20. August,
abends 7 Uhr, Sitzung im Restaurant Koller, am See. Kom-
munistische Holzarbeiter aller Branchen, erscheint zahlreich!

Roter Frontkämpferbund

Dresden und Umgebung
Jugendklub Zentrum. Mittwoch, 19. August, abends 7.30
Uhr bei Riefel Mitgliederversammlung. Ohne Entschuldigung
darf niemand fehlen, ohne Karte kein Zutritt.

Freital und Umgebung
K.P. u. Jugendklub Freital. Freitag, den 21. August, abds.
8 Uhr, in Gebäuden Gasthof wichtige Mitgliederversammlung.

Freiberg und Umgebung
Freiberg. Mittwoch, 19. August, abends 8 Uhr Jugend-
versammlung in der „Lokomotive“. Erscheinen eines jeden Ka-
meraden ist Pflicht.

Pirna und Umgebung
K.P. Ortsgruppe Pirna. Sonnabend, den 22. August,
abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Roter
Tag in Pirna. Erscheinen aller ist Pflicht.

Vereinskalender

Freiberg. Am Mittwoch, 19. August, findet in Dresden
Fraktionssitzung statt. Alle Genossen haben zu erscheinen. Mit-
gliedsbuch dient als Ausweis. Neben Sekretariat.

**Gemeinschaft proletarischer Freiberg, Ortsgruppe Dresden-
Stietzen.** Mittwoch, 19. August, abends 7.30 Uhr im Volkshaus
Ost Mitgliederversammlung mit Vortrag über China und wich-
tiger Tagesordnung, die es jedem Genossen zur Pflicht macht, zu
erscheinen. Bitte willkommen.

**Gemeinschaft prof. Freiberg, Ortsgruppe Dresden-
Stietzen.** Mittwoch, 19. August, abends 7.30 Uhr im Volkshaus
Ost Mitgliederversammlung mit Vortrag über China und wich-
tiger Tagesordnung, die es jedem Genossen zur Pflicht macht, zu
erscheinen. Bitte willkommen.

**Gemeinschaft prof. Freiberg, Ortsgruppe Dresden-
Stietzen.** Mittwoch, 19. August, abends 7.30 Uhr im Volkshaus
Ost Mitgliederversammlung mit Vortrag über China und wich-
tiger Tagesordnung, die es jedem Genossen zur Pflicht macht, zu
erscheinen. Bitte willkommen.

Pirna. U.S.-Mitgliederversammlung am Donnerstag, den
20. August, 7.30 Uhr im Volkshaus. Thema: Russische Kunst.

Einleider von Verammlungsnotizen!

Alle Anzeigen müssen unbedingt bis mittags 12 Uhr am
Tage vor dem Erscheinen der die betreffende Seite enthaltenden
„Arbeiterstimme“ eingelegt werden, da sonst das Er-
scheinen der Anzeige unbestimmt ist.

Arbeiterpost

**Arbeiterpost, Dresden Turn- und Sport-Verein „Hör-
schütz“, Tschewitz, Leubegau und Döberitz.** Sonnabend, den
22. und 23. August, Beginn des Programms: Son-
abend, nach 8.30 Uhr, Volkshaus Leubegau. Sonntag, den
23. August, Spielplan Döberitz, 1 Uhr Stellen zum Festzug Fern-
händler Straße. Abends gel. Beisammeln im Gasthof Döberitz.

Kommt zu uns, zu entgeglichen.

„Fortschritt“. Sonnabend, 22. August, Werbestand in Pout-
nast an der Fährte. Stofftentenlauf, Schwimmen, Dampfbohrer
der Bader, Federballwinnen und Gruppenstellen mit hennatlicher
Beleuchtung. Beginn 8.30 Uhr. Sonntag, 23. August, Sportfest
mit leichtathletischen Wettämpfen und Kalesipelen. 1 Uhr
Stellen zum Festzug, Ferggähler Straße. (Alimentstraße). Es
Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Arbeiter-Gewerkschaftsvereine Jittau. Donnerstag, den
20. August, 7.30 Uhr, Monatsversammlung im „Sportklub“,
Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet.

Leubegauverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Pirna.
Freitag, den 21. August, Abendwanderung Lohmühle. Abmarsch
7 Uhr Dohnalcher Platz.

Leubegauverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Pirna.
Sonntag, den 23. August, Tageswanderung: Lüneburger Sand-
steinberge, Lüneburger. Abfahrt 6.34 Uhr (Sonntagsfahrte Lüne-
burger).

District der Arbeiter-Sportvereine Groß-Dresden. Don-
nerstag, den 20. August, Versammlung im Restaurant „Maternhof“,
Maternhof, 17. Bericht über den S.K.T.-Kongress in Wien. Taktik
und Zeitungen mitbringen. Erscheint vollständig!

„Arbeiterpost“! Die „Arbeiterstimme“

nimmt eure Interessen wahr. Eure Aufforderung, eure Verei-
ne anzeigen und Sportberichte zu veröffentlichen, kommt die „Ar-
beiterstimme“, euer Organ, gern nach.

Eure Pflicht ist es, Abonnenten für die „Arbeiter-
stimme“ zu werben und alle Druckaufträge an die
Druckerei der „Arbeiterstimme“ zu geben. Bei
Ihr auch weiterhin einen guten sozialen Teil in eurer „Ar-
beiterstimme“, so sorgt alle für die Stärkung eurer
Arbeiterpresse!

Rüstet zur Presse-Werbewoche vom 20. bis 31. August

Theater am Wasaplatz

Wagen Umbau bis auf weiteres
geschlossen!

Tymlians Täglich
Das Thalia-8 Uhr
einziges
wirkliches Theater
Volkstheater Dresdens
Vorverkaufkarten außer Sonntage gültig

Achtung Neustadt
Bestellungen für Neustadt
nehmen entgegen
Karl Schmiedel, Dresden-Neust.
Neustädterstraße 3
jeweils pünktliche Zeitungszustellung

PEUVAG
Papier-Erzeugung- und Verwertungs-Akt. Ges.
Wittmoach
Dresden-Altstadt, Güterbahnhofstr. 5

Herstellung aller Vereins-, Propaganda- und Geschäfts-
druckarbeiten in gediegener u. sauberster Ausführung
Rotations- und Setzmaschinenbetrieb

**Ihre Zigarre
immer billig!**
Wilh. Baeg, Pirna

Leser
kauft nur bei
unsere
Inserenten
Bierhandlung
Kurt Noack
PIRNA
Dohnalcher Platz 3

Den geehrten Einwohnern von Dresden
u. Umg. empfehle ich hiermit meine erstklassigen
Fahrradbereitungen, Ersatzteile, Lampen u.
sonstigen Zubehörteile aller Art zu billigen
Preisen, sowie
Nähmaschinen, Fahrräder, Motorräder
nach Auswahl
Geführt werden nur gute und erprobte Marken
Nähel, Artos, Nähmaschinen, Normanna
Reparaturen werden sofort ausgeführt
Emaillieren u. Vernickeln auf Wunsch in 10 Minuten
Fritz Groschupp, Mechaniker
Haldensau-Süd
Gabelberger Straße 2, direkt am Halleschen

Bestellschein

Dieser Bestellschein ist ab _____ die
„Arbeiterstimme“
Organ der Kommunistischen Partei, Bezirk Ostthüringen

Vor- und Nachname: _____
Wohnung: _____
Dresden-Bezirk: _____
Einsender: _____